

# Das Braunschweigische Land im Nationalsozialismus



Werkshafen und Reichswerke Stiechkanal Salzgitter



Erich zu Putlitz



Niederländische Studenten im  
Volkswagen Werk



Dr. August Wietfeldt



Hauptgebäude der Luftwaffenkaserne Mariental



Elli Bücher



---

*Das Braunschweigische Land  
im Nationalsozialismus*

## Impressum

Projektleitung:  
Harald Schraepler  
AG der Heimatpfleger der  
Braunschweigischen Landschaft

Redaktion und Layout der Ausstellungstafeln:  
Rudolf Zehfuß

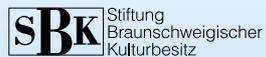
Layout, Konzeption und Gesamtherstellung:  
Beyrich DigitalService, Braunschweig

Gefördert durch:



**Das Braunschweigische Land  
im Nationalsozialismus**

Herausgegeben von der  
Braunschweigischen Landschaft e. V.



## Inhaltsverzeichnis

Vorwort Harald Schraepfer .....	4
Grußwort Ernst Gruber .....	5
Zur Einführung.....	7
Harzburger Front - Bad Harzburg 10./11.10.1931 .....	9
Hitlers Einbürgerung im Jahre 1932 .....	11
Gleichschaltung am Beispiel der Evangelischen Landeskirche.....	15
Bürgermeister in Peine im Nationalsozialismus.....	17
Aufbau der Verwaltung in der „Stadt des KdF-Wagens“ .....	19
Kriegsende im Landkreis Helmstedt.....	21
Reichsnährstand.....	23
Erfindungen für die Landwirtschaft .....	25
Deutsche Forschungsanstalt für Luftfahrt (DFL) e.V. Luftfahrtforschungsanstalt Hermann Göring (LFA): 1938 bis 1945.....	27
Reichswerke Hermann Göring .....	29
Zwangsarbeit im Volkswagen Werk.....	31
Ausländerkinder-Pflegeheim.....	33
Ingenieur-Büro Glückauf in Blankenburg .....	35
Zwangsarbeit für die Rüstung im Zweiten Weltkrieg im Raum Eschershausen .....	37
SA (Sturmabteilung) und SS (Schutzstaffel).....	39
Zerschlagung der Braunschweiger Arbeiterbewegung .....	41
Strafvollzug und Hinrichtungen während des Nationalsozialismus: Das Strafgefängnis Wolfenbüttel.....	43
Die Zerstörung der Synagoge in Seesen.....	45
Ein Helfer versteckte Elli Bücher im Hinterzimmer .....	47
Lager 21 als Beispiel für das nationalsozialistische Lagersystem.....	49
Luftangriffe auf Braunschweig im Zweiten Weltkrieg.....	51
Nationalkomitee „Freies Indien“ .....	53
Kultur als Bestandteil der Propaganda: Der Thingplatz in Holzminden .....	55
Reichsautobahn .....	57
Riddagshausen im „Dritten Reich“ .....	59
Stichkanal Salzgitter.....	61
Mariental - Horst von 1937-1940.....	63
Der Bau der Schule Am Ziesberg in Salzgitter-Bad .....	65
Utopie und Ideologie, Planung und Bau der „Stadt des KdF-Wagens“ bei Fallersleben, 1938-1945.....	67
Akademie für Jugendführung .....	69

# Vorwort

## Harald Schraepler



In der über 800-jährigen Geschichte des Braunschweigischen Landes ist die Zeit des Nationalsozialismus zwar nur ein kurzer Abschnitt, jedoch beendete er die noch junge Demokratie der Weimarer Zeit.

Die Arbeitslosigkeit sank zwar durch neue Industrien und die beginnende Kriegsindustrie, aber der Nationalsozialismus griff sehr stark in das gesellschaftliche Leben ein. Die Juden und anders denkende Mitbürger wurden verfolgt und sehr viele wurden, sofern sie nicht ins Ausland fliehen konnten, in den Konzentrationslagern umgebracht, was später auch mit ausländischen Zwangsarbeitern geschah. Der am 1.9.1939 beginnende Zweite Weltkrieg brachte zunächst bejubelte Erfolge, aber der „totale Krieg“ nach der Niederlage in Stalingrad brachte Not, Elend, Zerstörungen und viele Tote auch im Braunschweigischen Land. Die bedingungslose Kapitulation im Frühjahr 1945 beendete diese leidvolle Epoche.

Die Braunschweigische Landschaft hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1990 das Ziel gesetzt, sich mit der Geschichte des alten Landes Braunschweig zu beschäftigen und zugleich die kulturelle Entwicklung in der Region zu begleiten und zu fördern. Zu ihr gehören die kreisfreien Städte Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg sowie die Landkreise Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel und ca. 200 Vereine, Verbände und Gemeinden, die im Beirat zusammengefasst sind. Sie bringen ihre Aktivitäten in zehn Arbeitsgruppen ein, die Foren zum Wissens- und Erfahrungsaustausch, zur Gestaltung unterschiedlicher Projekte und deren verantwortlicher Durchführung sind. Eine davon ist die AG Heimatpfleger. Sie besteht

aus den Stadt- und Kreisheimatpflegern der drei kreisfreien Städte und der drei Landkreise und arbeitet erfolgreich mit den ca. 350 Ortsheimatpflegern aus dem Gebiet der Braunschweigischen Landschaft zusammen. Sie hat sich als kulturstiftende Gruppe Themen aus der Geschichte angenommen und diese in Ausstellungen wie „Spurensuche“, „Braunschweigisches Land in der Kaiserzeit 1871-1918“ und „Braunschweigisches Land in der Weimarer Republik 1918-1933“ öffentlichkeitswirksam präsentiert. Nunmehr hat sie die Ausstellung „Das Braunschweigische Land im Nationalsozialismus“ erarbeitet. Die jetzige Ausstellung verfolgt das Ziel, sich kritisch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit im ehemaligen Land Braunschweig auseinanderzusetzen und dadurch bei den Bürgerinnen und Bürgern in der Region ein reflektiertes Geschichtsbewusstsein zu fördern. Auch diese Ausstellung soll in allen Teilen des alten Landes Braunschweig und im Gebiet der Braunschweigischen Landschaft vorgestellt werden. Auf 32 Tafeln werden vielfältige und unterschiedliche Themen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Infrastruktur behandelt. Sie beziehen sich auf alle Teile des alten Freistaates Braunschweig und das Gebiet der Braunschweigischen Landschaft.

Die Braunschweigische Landschaft dankt allen, die Beiträge für die 32 Tafeln erstellt haben. Es sind: Rolf Ahlers, Dr. Jens Binner, Dr. Claudia Böhler, Dr. Joachim Frassl, Marcel Glaser, Dr. Manfred Grieger, Markus Gröchemeyer, Manfred Gruner, Johannes Heinen, Birgit Hoffmann, Dr. Hilko Linnemann, Prof. Dr. Ulrich Menzel, Wulf Otte, Rolf Owczarski, Martina Staats, Maria Schlein, Harald

Schraepler, Bernhard Schroeter, Dr. Mathias Seeliger, Dieter Trapp, Björn Walter, Hartmut Wegner, Reinhard Wetterau und Ursula Wolff.

Rudolf Zehfuß danke ich recht herzlich für die Redaktion und das Layout. Hilfreich zur Seite stand bei der Konzeption und der Umsetzung die Firma Beyrich DigitalService. Dafür ein herzliches Dankeschön.

Ein besonderer Dank gebührt der VR-Stiftung der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Norddeutschland, namentlich dem Vorsitzenden der Stiftung Herrn Harald Lesch, der Volksbank eG, Wolfenbüttel, namentlich Vorstandssprecher Herrn Ernst Gruber und der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz, namentlich Herrn Direktor Tobias Henkel, für die finanzielle Unterstützung der Ausstellung und des Kataloges. Ohne diese Unterstützung, die auf einer mehrjährigen vertrauensvollen Zusammenarbeit beruht, hätte dieses Projekt nicht verwirklicht werden können.

Möge die Ausstellung und der Katalog dazu beitragen, dass das Wir-Gefühl und die regionale Identität gestärkt werden. Dies ist gerade im Zeitalter der Globalisierung sehr wichtig, damit die Menschen in der Braunschweigischen Region nicht die Beziehungen zu ihren Wurzeln verlieren.

Harald Schraepler  
Sprecher der Arbeitsgruppe Heimatpfleger  
und Beiratsvorsitzender der Braunschweigischen Landschaft e.V.

# Grußwort Ernst Gruber



Der Nationalsozialismus in Deutschland zählt mit zu den am besten erforschten Gebieten der Geschichtswissenschaft. Wer sich heute mit dem Zeitabschnitt von 1933 bis 1945 auseinandersetzt, findet eine Fülle von Daten, Fakten und Berichten in unzähligen Publikationen. Die meisten Bücher und Fernsehdokumentationen befassen sich jedoch nur mit den großen politischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen oder beleuchten einzelne Personen dieser Zeit. Es entsteht schnell der Eindruck, der Nationalsozialismus habe nur weit entfernt, in Berlin oder Nürnberg stattgefunden; dass es kaum noch Zeitzeugen gibt, die von ihren Erlebnissen erzählen können, verstärkt die Wahrnehmung. Vielen Menschen, besonders den jüngeren, fehlt schlichtweg die Verknüpfung zwischen dem Geschehen im „Dritten Reich“ und ihrer eigenen Heimat.

Bedeutsam und mit Nachwirkung bis in die Gegenwart waren für unsere Region eben nicht nur die Gründungen des Volkswagenwerkes in Wolfsburg und der Stahlhütte in Salzgitter mit ihren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen. Auch die Einbürgerung Hitlers durch den damaligen Freistaat Braunschweig war eine Weichen-

stellung für die Machtergreifung. Und wie überall, gab es auch bei uns unzählige Opfer genauso wie Täter, Mitläufer und Menschen, die Widerstand gegen das Regime leisteten.

Wie schon die Arbeiten zur Kaiserzeit und zur Weimarer Republik trägt auch dieses Projekt der Ortsheimatpfleger und der Braunschweigischen Landschaft wieder mit fundierter Recherche und einem breiten Themenspektrum dazu bei, die jüngere Geschichte unserer Heimat greifbar zu machen. In einer Zeit, in der rechtspopulistische Gruppierungen wieder an Zulauf gewinnen, ist es uns ein besonderes Anliegen, die Ausstellung „Das Braunschweigische Land im Nationalsozialismus“ zusammen mit der VR-Stiftung der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Norddeutschland zu unterstützen.

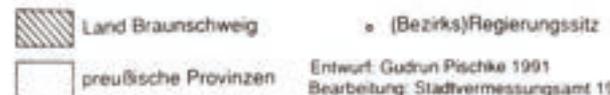
Als regional engagierte Genossenschaftsbank, deren Wurzeln bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen, sind wir nicht nur ein Teil der Geschichte. Wir sind heute auch ein bedeutendes Unternehmen, dessen Geschäftsgebiet sich zu einem nicht unerheblichen Teil mit dem der Braunschweigischen Landschaft deckt.

Wir danken den Gestaltern der Ausstellung und wünschen ihnen viel Erfolg, der sich sicherlich wieder durch zahlreiche Besucher ausdrücken wird. Den Lesern dieses Katalogs wünschen wir aufschlussreiche Rückblicke auf einen Zeitabschnitt der deutschen Geschichte, der auch in unserer Region vieles, wenn nicht alles verändert hat.

Ernst Gruber  
Sprecher des Vorstandes  
Volksbank eG, Wolfenbüttel



## Die preußischen Provinzen und das Land Braunschweig



Entwurf: Gudrun Pischke 1991  
Bearbeitung: Stadtvermessungsamt 1991

Preußische Provinzen Land Braunschweig  
Quelle: Gudrun Pischke Stadtvermessungsamt

# Zur Einführung

„Das Braunschweigische Land im Nationalsozialismus“ ist bereits die vierte Ausstellung, die die AG Heimatpfleger, der die Stadt- und Kreisheimatpfleger der drei kreisfreien Städte Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg sowie der drei Landkreise Helmstedt, Peine und Wolfenbüttel angehören, gemeinsam mit den ca. 350 ehrenamtlich tätigen Ortsheimatpflegerinnen und Ortsheimatpflegern im Gebiet der Braunschweigischen Landschaft erarbeitet hat. Um die facettenreiche Geschichte des Gebietes der heutigen Braunschweigischen Landschaft zu vermitteln, eine Präsentation an zahlreichen Ausstellungsorten zu ermöglichen und eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern in der Region zu erreichen, sind die Ausstellungen stets als Wanderausstellung konzipiert. 1933 bis 1945. Die Zeit des Nationalsozialismus, ihre Voraussetzungen und ihre Folgen beschäftigen bis heute Wissenschaft und Öffentlichkeit gleichermaßen. Die Ausstellung hat den Anspruch, sich kritisch mit lokal- und regionalgeschichtlichen Themen auseinanderzusetzen und dadurch bei den Bürgerinnen und Bürgern in der Region ein reflektiertes Geschichtsbewusstsein zu fördern und die historische Urteilskraft zu schärfen. Dabei verfolgt die Ausstellung allerdings nicht das Ziel, einer vollständigen Dokumentation. Sie stellt vielmehr in den Themenbereichen Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Infrastruktur auf 32 Ausstellungstafeln lokale Ereignisse, Bauwerke und Personen in den Fokus, die, einem Mosaik gleich, ein Bild des Landes während der NS-Zeit ergeben. Das inhaltliche Spektrum reicht von der Einbürgerung Hitlers über die Zwangsarbeit im Volkswagen Werk, die Zerstörung der Synagoge in Seesen, dem Bau des Stichkanals, dem Strafgefängnis



**Braunschweigische Kreise**  
**Quelle: Gudrun Pischke**  
**Stadtvermessungsamt**

in Wolfenbüttel bis zu den Luftangriffen auf Braunschweig und den letzten Kampfhandlungen in Bornum am Elm. Um die thematischen Zusammenhänge deutlich zu machen, ist jedem Bereich eine Leitfarbe zugeordnet, die eine schnelle Orientierung innerhalb der Ausstellung ermöglicht. Besonders danken möchten wir der Volksbank Wolfenbüttel eG, der VR-Stiftung der Volksbanken und Raiffeisenbanken in Norddeutschland und der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz für die großzügige finanzielle Unterstützung des Projektes. Dank der Sponsoren ist der Begleitkatalog zur Ausstellung kostenfrei erhältlich und bietet Besucherinnen und Besuchern die Möglichkeit zur kritischen Auseinandersetzung über den Besuch der Ausstellung hinaus.

AG Heimatpfleger der Braunschweigischen Landschaft



*Gründung der Harzburger Front: Alfred Hugenberg, Prinz Eitel Friedrich von Preußen und der DNVP-Abgeordnete Otto Schmidt-Hannover  
Fotonachweis: BundesarchivBild 146-2005-0129*



*Gründung der Harzburger Front: Zu erkennen sind Gerret Korsemann, Heinrich Himmler, Ernst Röhm, Kurt von Ulrich, Franz von Hörauf, Adolf Hühnlein, Hermann Göring und Bernhard Rust, im Hintergrund: Karl Leon Du Moulin, Eckart und Karl von Eberstein, alle NSDAP; zu einem gemeinsamen Foto mit den Deutschnationalen und den Mitgliedern des Stahlhelm waren die Nationalsozialisten nicht bereit.  
Bildquelle: Bundesarchiv Bild 102-02134*

# Harzburger Front – Bad Harzburg 10./11.10.1931



*Aufmarsch vor dem Braunschweiger Schloss  
Bildquelle: Stadtarchiv Braunschweig*

Anfang der 1930er Jahre spitzte sich die politische Lage rasant zu. Um die Reichsregierung abzulösen, bildete sich eine Vereinigung der Nationalkonservativen mit der nationalsozialistischen Opposition. Sie bekam den Namen „Harzburger Front“ durch die spektakuläre Tagung der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und des „Stahlhelm“ am Sonnabend, 10. und Sonntag, 11. Oktober 1931, in der Kurstadt Bad Harzburg.

## **Warum in Bad Harzburg?**

Vieles sprach für den Kurort, der mitten in Deutschland liegt. Hier gab es kein Aufmarschverbot von Uniformierten, mit Ge-

gendemonstrationen war nicht zu rechnen und zahlreiche Übernachtungsmöglichkeiten boten sich an.

## **Einige Aktionen am Sonntag, 11. Oktober 1931**

Im Kalten Tal Gottesdienst für ca. 4.000 SA- und Stahlhelm-Männer. Auf der Nordhäuser Straße (Nähe Talstation der Bergbahn) marschierten Angehörige der SA und des Stahlhelm an ihren „Führern“ vorbei. Hitler brüskierte die anderen Gruppierungen, denn er verließ die Parade, nachdem die SA vorbeimarschiert war. Die Stahlhelmverbände gingen durch die Innenstadt zum Kurhaus.

## **Aus der Hauptresolution der Harzburger Front**

„...Entschlossen, unser Land vor dem Chaos des Bolschewismus zu bewahren...durch wirksame Selbsthilfe aus dem Strudel des Wirtschaftsbankrotts zu retten...“

„...So fordern wir den sofortigen Rücktritt der Regierung Brüning und Braun, die sofortige Aufhebung der diktatorischen Vollmachten für die Regierung,... wir fordern sofortige Neuwahlen der überalterten Volksvertretung...“

## **Pressestimmen über die Großkundgebung**

Goslarsche Zeitung vom Montag, 12. Oktober 1931

„...Der große Kursaal war dicht gefüllt. Hunderte folgten in den benachbarten Räumen der Kundgebung. Im Hause herrschte ein geradezu lebensgefährliches Gedränge. Hugenberg und Hitler betraten gemeinsam den Saal, von immer wiederholenden Rufen „Heil Hugenberg!“, „Heil Hitler!“ begrüßt. Diese Ovationen dauerten etwa 10 Minuten lang...“

## **Eine Woche später: SA-Aufmarsch der 100.000 in Braunschweig**

Am 17. Oktober 1931 traf Hitler in Braunschweig ein, um am Vormittag des folgenden Tages auf dem Franzschen Feld eine mit Standartenweihe verbundene Ansprache zu halten. Anschließend marschierten über 6 Stunden lang SA-Formationen, ca. 100.000 Uniformierte aus ganz Deutschland, über Kaiser-Wilhelm-Straße, Steinweg, Bohlweg und den Schlossplatz an Hitler vorbei. Gegen diese Übermacht gab es nur wenige Proteste von Seiten der SPD und KPD.



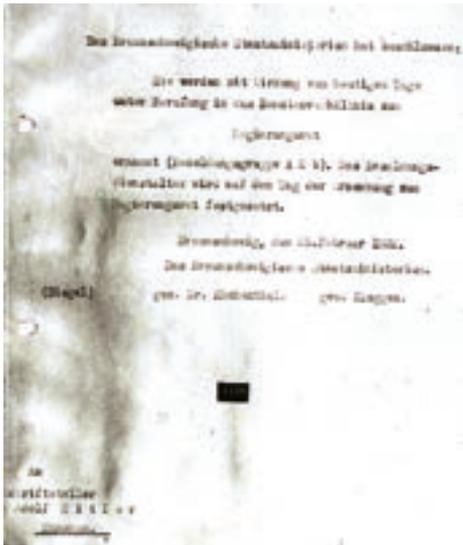
*Hitler verläßt mit Heß und Adjudanten die Braunschweigische Gesandtschaft, Berlin, Lützowstr. 11 nach der Vereidigung am 26.02.1932  
Quelle: Heinrich Hoffmann, Bayerische Staatsbibliothek München*



*Gauparteitag des NSDAP-Gaus „Südhanover-Braunschweig“,  
21./22. Februar 1931 in Braunschweig. In der ersten Reihe von links nach rechts: Heß, Gauleiter Rust, Hitler, Zörner, Kerl  
Quelle: Heinrich Hoffmann (Hrsg.), Adolf Hitler. Hamburg 1936, S.129*

# Hitlers Einbürgerung im Jahre 1932

Ein Jahr lang, vom Februar 1932 bis Februar 1933, war Hitler Beamter des Freistaats Braunschweig. Am 25.2.1932 wurde er gegen 18.00 Uhr durch die Regierung Küchenthal (DNVP) und Klagges (NSDAP) ohne Laufbahnvoraussetzung zum Regierungsrat im Landeskultur- und Vermessungsamt ernannt und zugleich an die Braunschweigische Gesandtschaft beim Reichsrat in Berlin abgeordnet und dort mit der Wahrnehmung braunschweiger Wirtschaftsinteressen



*Hitlers Ernennung zum Regierungsrat am 25.2.1932*

*Quelle: Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde NS 26/5-8*

*Von der Braunschweiger Personalakte Hitler (Hauptakte + 3 Beiakten) liegen in Berlin und Wolfenbüttel nur schlechte Kopien vor. Die Originalakte befindet sich seit 1945 wahrscheinlich in London.*

betraut. Am 24.2.1933 wurde er als Reichskanzler wieder aus dem braunschweigischen Staatsdienst entlassen.

Diese Episode war für Hitlers politische Karriere von entscheidender Bedeutung und liefert eine wesentliche Erklärung, warum das Braunschweiger Land von Wolfsburg bis Salzgitter in den Jahren der NS-Herrschaft eine außerordentliche Modernisierung erfahren hat.

Hitler sollte nach seiner Haft in Landsberg nach Österreich abgeschoben werden. Der Abschiebung entzog er sich durch den Antrag auf Entlassung aus der österreichischen Staatsbürgerschaft, der ihm bereitwillig am 30.4.1925 gegen eine Gebühr von 7,50 Schilling gewährt wurde. Er konnte nicht mehr abgeschoben werden, hatte sich aber ein neues Problem eingehandelt. Staatenlosigkeit war mit dem Anspruch als Führer nicht vereinbar und behinderte seine Karriere, da er weder das aktive noch das passive Wahlrecht besaß.

Diverse Einbürgerungsversuche in Bayern waren gescheitert. Das Gesetz sah allerdings vor, dass ein Ausländer (oder Staatenloser) nicht nur auf dem Antragsweg, sondern auch über die Verbeamtung in einem der deutschen Länder eingebürgert werden konnte. Dies setzte voraus, dass die NSDAP an der Regierung beteiligt war. Nach einem vergeblichen Versuch in Thüringen blieb als einzige Möglichkeit Braunschweig, das seit 1930 von einer Koalition aus Bürgerlicher Einheitsliste und NSDAP regiert wurde.

Vor der im Frühjahr 1932 anstehenden Neuwahl des Reichspräsidenten spitzte sich das Problem zu, weil die Staatsbürgerschaft als Voraussetzung für eine Kandidatur Hitlers fehlte. Damit wuchs der Druck auf Volksbildungsminister Klagges, diese durch eine

Verbeamtung Hitlers zu schaffen. Der erste Versuch, Hitler auf eine Professur für „Organische Gesellschaftslehre und Politik“ an der TH Braunschweig zu berufen, scheiterte am Widerstand der Hochschule und der bürgerlichen Koalitionspartner. Küchenthal weigerte sich, die schon ausgefertigte Berufungskunde gegenzuzeichnen. Ein Professor ohne Schulabschluss ging zu weit.

## *Hitlers Dienstvertrag*

*Quelle: [www.vernetztes-gedaechtnis.de](http://www.vernetztes-gedaechtnis.de)*

### **Dienstvertrag**

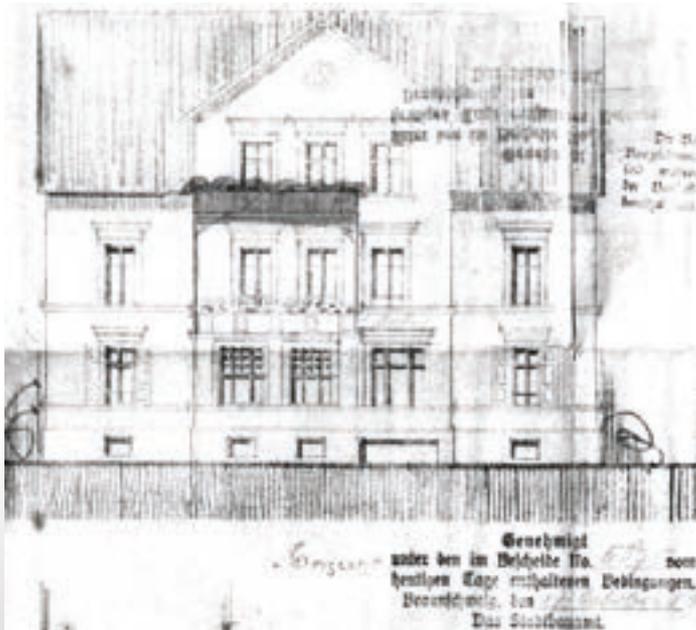
Zwischen dem Freistaat Braunschweig und dem Schriftsteller Adolf Hitler in München wird folgender Dienstvertrag abgeschlossen:

1. Der Schriftsteller Adolf Hitler übernimmt am 25. Februar 1932 die planmäßige außerordentliche Professur für „Organische Gesellschaftslehre und Politik“ an der Technischen Hochschule zu Braunschweig mit der Verpflichtung, bis zu 12 Vorlesungs- und Übungsstunden im Semester wöchentlich zu haben.
2. Der Schriftsteller Adolf Hitler wird als planmäßiger außerordentlicher Professor nach dem Staatsbeamtenbesoldungsgesetz vom 26. Juni 1925 Bes. Gr. A II b besoldet. Der Beginn des Besoldungsdienstalters wird auf den 1. Februar 1932 festgesetzt.
3. Herr Adolf Hitler erhält von den für seine Vorlesungen und Übungen eingehenden Unterrichtsgebühren Anteile nach Maßgabe des darüber bestehenden jeweiligen Bestimmungen.
4. Herr Adolf Hitler hat das Recht zur Ausübung privater Tätigkeit, soweit durch diese die Interessen seines Lehrstuhles nicht geschädigt werden.
5. Das Dienstverhältnis des Herrn Adolf Hitler regelt sich neben den Bestimmungen dieses Vertrages nach den Vorschriften des braunschweigischen Staatsbeamtengesetzes vom 4. April 1923 in der Fassung des Gesetzes vom 30. November 1930 und der zu diesem Gesetz erlassenen Nachträge.

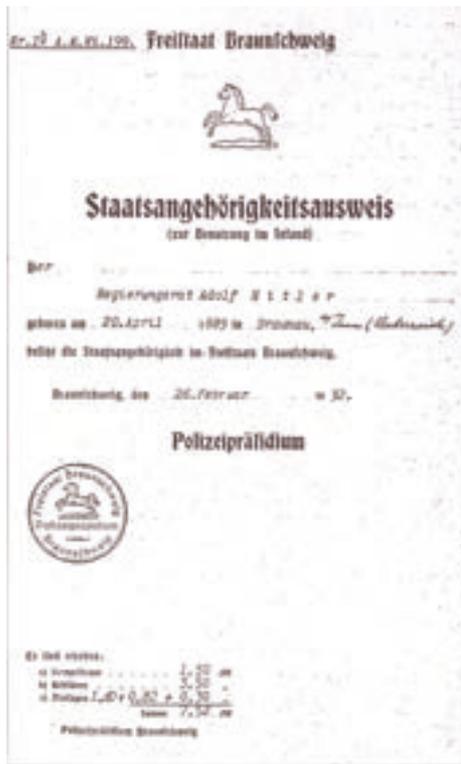
Braunschweig, den Staatsministerium Minister	Februar 1932 Minister	München, den Februar 1932 Minister
--	--------------------------	--



Bauzeichnung des Gebäudes Hohetorwall 7, in dem Hitler in der Dachwohnung Zörners als Untermieter gemeldet war  
Quelle: Stadtarchiv Braunschweig, Bestand Hausakten E 63 II H Nr. 208



Deckblatt der Personalakte Hitlers des Braunschweigischen Staatsministeriums  
Quelle: Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde NS 26/5-8



Staatsangehörigkeitsausweis vom 26.2.1932  
Quelle: Braunschweiger Zeitung spezial  
Nr. 3 2007, S. 2

Der zweite Anlauf, Hitler auf einer freien Regierungsratsstelle im Landeskultur- und Vermessungsamt zu verbeamen, war erfolgreich, weil der politische Druck der Berliner Parteizentralen immer stärker geworden war. Ernst Zörner (NSDAP), Landtagspräsident, alter Kämpfer, Hitler persönlich verbunden und Schwager von Carl Heimbs (DVP) gelang es über seine Kontakte, den Widerstand der zögernden DVP nach einem diskreten Gespräch im Parkhotel, an dem Hitlers Rechtsberater Hans Frank teilnahm, zu brechen. Die Ernennungsurkunde wurde Hitler per Post ins Hotel Kaiserhof nach Berlin zugestellt. Am nächsten Tag wurde er in der Gesandtschaft vereidigt.

Um den Staatsangehörigkeitsausweis zu bekommen, musste Hitler in Braunschweig gemeldet sein. Auch dieses Problem wurde von Zörner gelöst, indem er Hitler bei sich unter der Adresse Hohetorwall 7 II als Untermieter anmeldete und sogar die Meldegebühr von 7,32 RM bezahlte. Auch der Ausweis wurde Hitler per Post zugestellt. Seine Wohnung dürfte er ebenso wenig wie seinen Arbeitsplatz nach der Vereidigung betreten haben. Die Personalakte Hitlers beinhaltet neben dem Amtseid, drei Urlaubsgesuchen, einem Antrag auf Dienstverfahren in eigener Sache und dem Entlassungsgesuch nur die Korrespondenz, um sein Gehalt und die Höhe des Ortszuschlags (für Braunschweig, Berlin oder München) zu berechnen und das Konto zu ermitteln, auf das dieses zu überweisen ist. Hitler konnte gegen Hindenburg kandidieren, einen deutschlandweiten Wahlkampf starten und einen zweiten Wahlgang erzwingen. In der Stichwahl verlor er zwar gegen Hindenburg, errang aber 38,8 Prozent bzw. 13,4 Mio Stimmen. Damit kam er in eine Größenordnung, die die NSDAP erst bei

ihrer so erfolgreichen Reichstagswahl vom Juli 1932 erreichen sollte. Ohne den Propagandaerfolg der zwei Wahlgänge wäre der politische Durchmarsch weniger durchschlagend gewesen. Einen Staatenlosen hätte Hindenburg wohl kaum zum Reichskanzler ernannt.

**Stimmzettel zur Reichspräsidentenwahl, 2. Wahlgang am 10.4.1932**

Quelle: Wikimedia Commons unter Stimmzettel\_zur\_Reichspräsidentenwahl\_1932

Reichspräsidentenwahl, 2. Wahlgang (26.4.1932)

Kandidat	gesamtes Reich		Niederrhein-Preussische Provinz	
	Stimmen	Prozent	Stimmen	Prozent
Hindenburg	58.209.960	53,1	952.209	56,2
Hitler	33.428.247	30,2	545.782	44,8
Thälmann	9.788.714	8,9	60.000	5,9
andere Kandidaten	9.872	0,0	388	0,0
Wahlberechtigte	109.803.808	100,0	1.660.000	100,0
Abgegebene Stimmen	10.752.707	9,8	1.227.443	98,9
ungültige Stimmen	281.028	0,3	8.554	0,7

Quelle: Statistisches Reichsamt 1932, S. 7





*Titelkopf des Braunschweigischen Volksblattes, mit diesem Layout seit 15. Oktober 1933  
Fotonachweis: Landeskirchliches Archiv Wolfenbüttel*

# Gleichschaltung am Beispiel der Evangelischen Landeskirche

Ein Teil der braunschweigischen Pfarrerschaft sah Kirche und Gesellschaft in der Weimarer Zeit wirtschaftlich und kulturell bedroht und wandte sich angesichts werbender Zusagen der NSDAP schon vor 1933 dem Nationalsozialismus zu.

Bei einer vom Staat verordneten Kirchenwahl siegten am 23. Juli 1933 die Deutschen Christen, eine ideologisch am Nationalsozialismus orientierte protestantische Gruppierung. Sie dominierten nun „mit dem Hakenkreuz auf der Brust und dem Christenkreuz in der Brust“ die Kirchengemeinderäte und den Landeskirchentag. Kirchliche Verfassungsorgane und Arbeitsbereiche wurden gleichgeschaltet, die evangelische Jugend zwangsweise der Hitlerjugend eingegliedert. Der 30jährige nationalsozialistische Propagandaredner und Wenzener Pfarrer Wilhelm Beye wurde am 12. September 1933 zum Landesbischof gewählt, verlor dieses Amt aber nach kurzer Zeit wegen finanzieller Manipulationen. Gegen den Totalitätsanspruch und die Bekennnisverletzungen der Deutschen Christen und gegen die Anwendung des Arierparagraphen im kirchlichen Raum bildete sich im September 1933 auf Betreiben Martin

Niemöllers reichsweit der Pfarrernotbund. Eine Braunschweiger Regionalgruppe mit zunächst 61 Pfarrern entstand am 30. November. Ihr Vorsitzender Heinrich Lachmund und weitere prominente Mitglieder wurden in der Folge suspendiert, vom Beyer-Nachfolger Helmuth Johnsen aber wieder eingesetzt. Er bemühte sich ab Mitte 1934 um einen ausgleichenden Kurs zwischen den kirchlichen Lagern und das Funktionieren der zunehmend staatlich überwachten Volkskirche. 1938 wurde an Hitlers Geburtstag die gesamte Pfarrerschaft auf die Person Hitlers und die Gesetze des Regimes vereidigt.

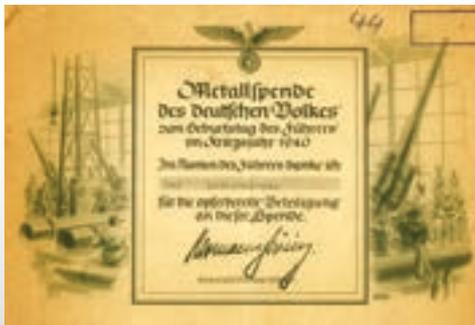
1935 wurden 15 Propsteien gebildet. In Folge des Salzgitter-Gesetzes verlor die Landeskirche 1942 den Weserkreis und erhielt dafür das südliche Salzgittergebiet und die Stadt Goslar.

Der Krieg wurde als nationale Aufgabe kirchlich unterstützt mit Gottesdiensten, Fürbitten und Gedenkfeiern. Viele Pfarrer und Diakone wurden eingezogen, 35 verloren ihr Leben. 167 kirchliche Gebäude, darunter 91 Kirchen, wurden beschädigt. Die Landeskirche stand 1945 vor einem schwierigen Neubeginn, zumal die Grenze der Besat-



*Wilhelm Beye in NS-Uniform bei der Einweihung des Albert-Leo-Schlageter-Denkmal auf dem Regenstein bei Blankenburg  
Fotonachweis: Landeskirchliches Archiv  
Wolfenbüttel, FS 78 und 238*

zungszonen durch ihr Gebiet lief. Landesbischof Johnsen starb 1947 in jugoslawischer Kriegsgefangenschaft. Die Entnazifizierung der Pfarrerschaft erbrachte keine einschneidenden personellen Konsequenzen.



*Urkunde für die Luthergemeinde Bad Harzburg zur ersten Metallspende 1940  
Fotonachweis: Landeskirchliches Archiv  
Wolfenbüttel Pa Harzb 36*



*Dr. August Wietfeldt*  
*Foto: Stadtarchiv Peine*

**Dr. August Wietfeldt**  
**(Amtszeit 1923 – 1934):**  
**„Feigenblatt“ der Machtübernahme**

Der seit 1923 amtierende Peiner Bürgermeister Dr. August Wietfeldt war kein Nationalsozialist. Dennoch konnte er sich nach der Machtübernahme auf kommunaler Ebene im Anschluss an die Märzahlen 1933 im Amt halten. Wietfeldt hatte zunächst der rechtsliberalen DDP, später der davon abgepaltenen Deutschen Staatspartei angehört. Außerdem war er, wie viele angesehene Bürger in Peine, im Jungdeutschen Orden aktiv und hatte so seine Nähe zu antidemokratischen und antisemitischen Kräften unter Beweis gestellt. Daher erschien er der örtlichen NSDAP dazu geeignet, den Willen zur Zusammenarbeit mit den etablierten bürgerlichen Kräften in Verwaltung und Wirtschaft zu symbolisieren.

Die Partei musste Befürchtungen eines revolutionären Umbruchs zerstreuen und klar machen, dass sich ihre Feindschaft nur gegen genau definierte Gruppen wie Kommunisten, Sozialisten, Gewerkschafter oder Juden richtete. Wietfeldt diente nicht nur als „Feigenblatt“, mit dem Gewalt und Willkür verschleiert werden konnten, sondern auch als „Blitzableiter“ gegenüber der Anhängerschaft der NSDAP, der die Umsetzung der radikalen Ziele nicht schnell genug ging. Im Oktober 1934 war diese Übergangsphase abgeschlossen. Die Macht der Nationalsozialisten war gefestigt, alle Widerstände gebrochen. Jetzt wurde Dr. August Wietfeldt abgesetzt und durch einen NSDAP-Mann ersetzt.

# Bürgermeister in Peine im Nationalsozialismus

**Dr. Wiard Bronleewe**  
(Amtszeit 1938 – 1945):  
Ein NS-Täter als „Retter der Stadt“

Dr. Wiard Bronleewe wurde kurz nach der Reichspogromnacht 1938 Bürgermeister von Peine, nachdem sein Vorgänger tödlich verunglückt war. Bronleewe, Mitglied der NSDAP seit 1933, hat während des Krieges in Zusammenarbeit mit der Kreisleitung der Partei die zunehmend radikaler werdende Politik des Regimes durchgesetzt. Bereits 1941 wollte er den jüdischen Friedhof beseitigen, nach der Deportation der letzten jüdischen Bewohner der Stadt Anfang 1942 steuerte er den Prozess der Verteilung der „Judenwohnungen“. Ihm war somit bewusst, dass diese Menschen nicht mehr zurückkehren würden. Auch bei der Organisation des Einsatzes ausländischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der Stadt spielte er eine wichtige Rolle. Dennoch ist er bis heute vielen vor allem als „Retter der Stadt“ in Erinnerung, weil er beim Heranrücken der Alliierten nicht floh. Stattdessen gehörte er zu dem kleinen Kreis von Personen, die bei der kampflosen Übergabe der Stadt einbezogen waren. Seine genaue Rolle dabei ist jedoch umstritten. Die Erinnerung an ihn zeigt, dass es auf lokaler Ebene oftmals bis heute keine rückhaltlose Aufklärung der Geschehnisse im Nationalsozialismus gibt. Ereignisse wie die letzten Tage vor der Befreiung werden detailliert untersucht. Der Blick auf die Verbrechen in dieser Zeit bleibt dagegen unscharf. Das tradierte Bild des Bürgermeisters Dr. Bronleewe zeigt, dass dadurch leicht auch nationalsozialistische Täter in den Ruf von „Helden“ geraten.

*Dr. Wiard Bronleewe bei einer Veranstaltung auf dem  
Marktplatz in Peine  
Foto: Stadtarchiv Peine*





Ortsschild „Stadt des KdF-Wagen“  
Fotonachweis: Heinrich Heirich  
Quelle: Stadtarchiv Wolfsburg

# Aufbau der Verwaltung in der „Stadt des KdF-Wagens“

Die „Stadt des KdF-Wagens“ wurde am 1. Juli 1938 auf Anordnung des Oberpräsidenten in Hannover gegründet. Nach dem Willen Hitlers sollte sie für die Unterbringung der Arbeiter des Volkswagenwerkes als „nationalsozialistische Musterstadt“ gebaut werden.

Dafür waren durch Verordnung die Gemeinden Rothehof-Rothenfelde und Heßlingen aufgelöst und mit Teilen von Nachbarorten zu einer neuen Gemeinde zusammengelegt worden. Zum Bürgermeister wurde Regierungsassessor **Karl Heinrich Bock** ernannt. Da diese „neue Stadt“ keine kommunalen Strukturen besaß, mussten die elementarsten Verwaltungseinheiten aufgebaut werden. So entstanden in wenigen Wochen in Holzbaracken ein Hauptamt, das Einwohnermeldeamt, das Amt für Rechnungswesen und die Stadtkasse.

Dazu mussten schon im September 2.700 von der DAF (Deutsche Arbeitsfront) angeworbene italienische Arbeitskräfte erfasst und untergebracht werden.

Im November 1938 bezog die gesamte Stadtverwaltung eine neue Baracke, das „Bürgermeisteramt“, am Schachtweg. Doch der Aufbau ging der Partei nicht schnell genug und Bürgermeister Bock wurde von

*Das Bürgermeisteramt  
Fotonachweis: Heinrich Heirich  
Quelle: Stadtarchiv Wolfsburg*



seinen Amtsgeschäften entbunden. Neuer Bürgermeister wurde am 14.12.1938 durch Ermächtigung des Reichsinnenministers **Werner Steinecke**, ein „bewährter Gefolgschaftsmann des Führers“. Er nahm innerhalb der Verwaltung eine uneingeschränkte Machtposition ein. Aber auch für diesen parteikonformen Bürgermeister wuchsen die Probleme, da zunehmend die finanziellen Mittel fehlten. Zur Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Strom und Wärme wurden die Stadtwerke gegründet. Weitere Ämter schlossen sich an.

*Die Italienerbaracke  
Fotonachweis:  
Heinrich Heirich  
Quelle: Stadtarchiv  
Wolfsburg*



Der neue Stadtbaurat **Dr. Kleeberg** zählte im August 1939 eine lange Liste vordringlicher Bauten auf, die schnell entstehen müssten.

Doch der **Beginn des Krieges** änderte alles und erschwerte jede Planung. Als die „Stadt des KdF-Wagens“ im Sommer 1944 Ziel heftiger Bombenangriffe war, wurden auch die Verwaltungsbaracken am Schachtweg schwer getroffen, viele Unterlagen verbrannten, Teile der Verwaltung zogen ins Schloss. Am 11.04.1945 besetzten amerikanische Truppen die Stadt und das Werk. Damit endete die Zeit der NS-Herrschaft und der „Stadt des KdF-Wagens“. Die Amerikaner ernannten im Mai 1945 **Dr. Felix Laurent**, einen Abteilungsleiter des Arbeitsamtes, zum neuen Bürgermeister. Außerdem beriefen sie einen Magistrat und eine „Stadtverordnetenversammlung“.

Diese **Stadtverordnetenversammlung** änderte in ihrer 1. Sitzung am 25. Mai 1945 den Namen der „Stadt des KdF-Wagens“ in den Namen „Wolfsburg“.



*Amerikanische Soldaten bei Bornum  
Fotonachweis: Nationalarchiv USA*



*Amerikanische Soldaten vor dem Weißen Roß in Bornum  
Fotonachweis: Nationalarchiv USA*



*Scheune in Schickelsheim  
Fotonachweis: Kreisarchiv Helmstedt*

# Kriegsende im Landkreis Helmstedt

In herrlichem Sonnenschein, der den Widersinn der militärischen Ereignisse, die Verblendung menschlichen Verhaltens kontrastierte, näherten sich die amerikanischen „Panzerspitzen“ am 12. April dem Gebiet des Landkreises Helmstedt. Im Gegensatz zu Braunschweig, wo Kreisleiter Heilig mit brutalen Mitteln den Widerstand zu organisieren suchte, gab es hier keinen Verantwortlichen, ob in Kreis oder Kommunen, der eine Front gegen die anrückenden Amerikaner bilden wollte – oder konnte. Es gab ohnehin keine organisierten deutschen Einheiten mehr, die den zielstrebigem Vorstoß der 30. US-Infanteriedivision zur Elbe aufhalten konnten. Das zu dieser Division gehörende 120. Infanterieregiment stieß beim Vorrücken über die Reichsstraße 1 in Bornum und Königslutter auf zwei mutige Männer, die mit weißen Fahnen den Amerikaner demonstrierten, daß hier mit Widerstand nicht zu rechnen war. Dennoch vermuteten die Amerikaner in Langeleben eine deutsche



*Karte zur Marschrichtung der Panzerdivision Clausewitz  
Quellenachweis:  
Rolf Owczarski*



*Ein Panther-Panzer erreichte Langeleben  
Fotoquelle: Internet*

Befehlsstelle. Sie griffen die Häusergruppe mit Jagdbombern an, dabei töteten sie 35 Kinder und zwei Betreuerinnen. Bei Groß-Steinum versuchten flüchtende deutsche Soldaten, bisher im Elm versteckt, den Dorm zu erreichen, um ihre Flucht nach Osten im Schutze dieses Waldes fortzusetzen. Flakhelfer der Lehrerbildungsanstalt Braunschweig sollten am Dorm eine Verteidigungslinie aufbauen. Ihr umsichtiger Führer löste die Gruppe auf. Doch Hecken-schützen töteten zwei Amerikaner, die dabei waren, Gefangene in die Scheune des Gutes Schickelsheim zu bringen. Auch hier verhinderte der mutige Einsatz von Bürgern die Zerstörung des Dorfes, unterstützt wurden sie von kriegsgefangenen Franzosen. Deutsche Fallschirmjäger ergaben sich auf dem Flugplatz Mariental kampfflos, auch die Stadt Helmstedt wurde kampfflos eingenommen. Am Abend des 12. April erreichte die 30. US-Infanteriedivision die Elbe. Doch der Krieg war nach diesen Ereignissen für den Landkreis Helmstedt noch nicht zu Ende. Am 22. April (!) hörte man wieder Geschützfeuer. In Bornum wurden Granatwer-

fer aufgestellt, sie feuerten in den Elm, wie auch eine schwere Batterie von Schöppenstedt aus. Auf persönliche Weisung Hitlers war im Bereich zwischen Hamburg und Lüneburg das 39. Panzerkorps aufgestellt worden. Es bestand aus drei Divisionen, zwei davon dienten der Verteidigung Uelzens, die dritte, die Division Clausewitz, sollte hinter dem Rücken der Amerikaner in den Harz vorstoßen, um die dort eingekesselten deutschen Einheiten zu unterstützen. Der Vorstoß erfolgte nachts, und die überraschten Amerikaner konnten nicht verhindern, daß die Division, allerdings durch schwere Kämpfe stark dezimiert, tatsächlich den Elm



*Amerikanische Soldaten vor Königslutter  
Fotonachweis: Nationalarchiv USA*

erreichte. Mehrere Dörfer gingen in Flammen auf. Abbenrode und Destedt waren Endstationen der Divisionsreste. Ein Panther erreichte Langeleben. Die Teilgruppe unter Führung des Korps-Kommandanten General Decker erreichte das Wäldchen bei Wendhausen. Der General erschoss sich, ein Förster fand ihn dort. General Decker wurde in Wendhausen bestattet.

Bronzetafel;  
Kennzeichnung  
eines Erbhofes  
Fotonachweis:  
Wikimedia Commons,  
N-Lange.de



Das „Gesetz über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstands und Maßnahmen zur Markt- und Preisregelung für landwirtschaftliche Erzeugnisse.“, vom 13. September 1933, vereinigte alle in der Landwirtschaft, in der Fischerei und im Gartenbau tätigen Personen und Betriebe, die gleichgeschalteten Verbände und die Landwirtschaftskammern zwangsweise in der öffentlich-rechtlichen Körperschaft. Zentrale Aufgaben des Reichsnährstands betrafen vor allem die Produktion, den Vertrieb und die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Viele Gesetze und Vorschriften griffen in die landwirtschaftliche Marktordnung ein. Mit festen Preisen und erhöhter Produktivität sollte der Abhängigkeit vom Weltmarkt begegnet werden. Die als „Erzeugungsschlacht“ benannten Anstrengungen wiesen auf die Bedeutung hin. Mit dem Schlagwort „Blut und Boden“ sollte das heimatverbundene Bauerntum gestärkt werden.

Das Reichserbhofgesetz vom 29. September 1933 sollte die Bauernhöfe vor Überschuldung und Zersplitterung im Erbgang schützen, damit sie dauernd in der Hand freier Erbhofbauern blieben. Es betraf die große Anzahl lebensfähiger Bauernhöfe (bis 125 ha), um so die beste „Gewähr für die Gesunderhaltung von Volk und Staat“ zu bilden.

Fotonachweis:  
Stadtarchiv Salzgitter  
Briefumschlag:  
STA-Sz-KE-Nr.43



# Reichsnährstand

Der Erbhof war grundsätzlich unveräußerlich und unbelastbar.

Führend in der Agrarpolitik war Richard Walther Darré (1895-1953) tätig: Seit 28. Mai 1933 Reichsbauernführer und ab 29. Juni 1933 auch Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft. Das Reichsgebiet wurde in Landesbauernschaften eingeteilt, jeweils untergliedert in Kreis- und Ortsbauernschaften. Braunschweigischer Landesbauernführer war Gustav Giesecke (1887-1958) bis 07. Dezember 1937, als die Zusammenlegung zur Landesbauernschaft Hannover-Braunschweig erfolgte.

Als Grund wurde die Industrialisierung des Salzgittergebietes angegeben. Gustav Giesecke war ein Kritiker dieses Planes. Er wurde Generalinspekteur des Reichsnährstandes mit Sitz in Berlin.

Inzwischen hatten die Anstrengungen für die Landwirtschaft in unserer Region reichsweite Schwerpunkte bekommen. Im Januar 1934 bestimmte Darré die Stadt Goslar zum Sitz des Reichsnährstandes, zwei Jahre später kam die offizielle Bezeichnung „Reichsbauernstadt“ hinzu. Maßgeblich für Goslar war die Lage in Niedersachsen, dem „Kernland germanisch-deutschen Bauerntums“ und es war eine alte Kaiserstadt. Die Reichsbauerntage 1934, 1935, 1936 und 1938 fanden dort statt. (1937 wegen Maul- und Klauenseuche abgesagt.) Von den Reichserntedankfesten 1933 bis 1937 auf dem nahe Hameln gelegenen Bückeberg führte 1934-1936 ein Autokorso nach Goslar. Paraden vor der Kaiserpfalz, abendlicher Appell mit reichhaltiger Fackelbeleuchtung und die Strahlen eines Lichtdomes aus Flugabwehrscheinwerfern bildeten die Kulisse für Ansprachen und Treueschwur auf den Führer. Tausende Menschen wurden so in den Bann gezogen.



*Stempel Fotonachweis: Landesmuseum LMB 27256 und LMB 27257*

Nach der Entmachtung von Walther Darré am 16. Mai 1942 wurden die Reichs- und Landeshauptabteilungen I des Reichsnährstandes personell und institutionell dem Reichsamt für Agrarpolitik und den ihm untergeordneten Gauämtern für Agrarpolitik unterstellt.

*Reichsbauernführer Walther Darré bei einer Kundgebung  
Fotonachweis: Bundesarchiv\_Bild\_183-H1215-503-009*



Aus der Patentschrift:  
Seitenansicht mit Tastrad  
„1“ und Draufsicht des  
Köpfungsmessers „14“  
Fotonachweis: Archiv  
Eva Büttner

Abb. 4

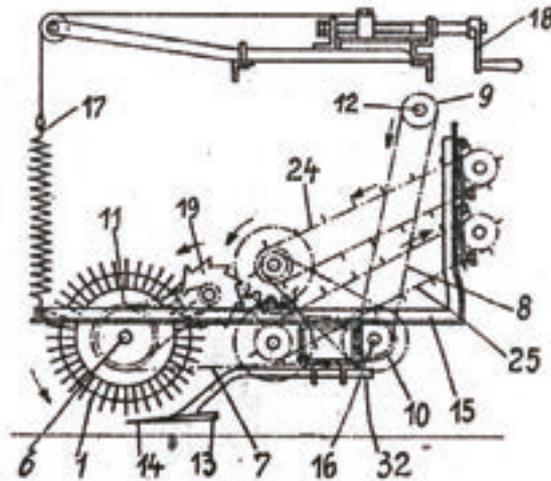
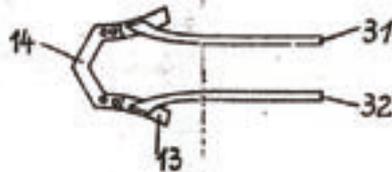


Abb. 5



# Erfindungen für die Landwirtschaft



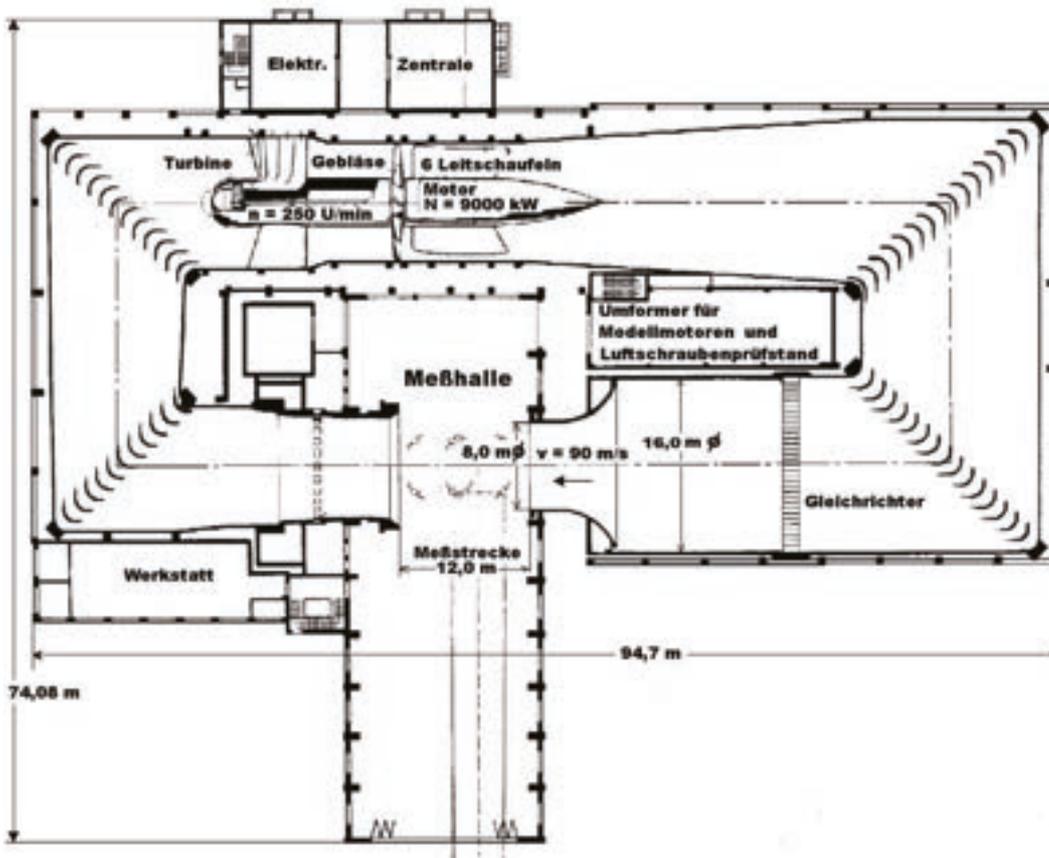
*Otto Wilke und die erste funktionstüchtige Maschine, mit dem Tastrad (T) mit vielen Stiften, auch als „Igeltaster“ bezeichnet, als Neuheit und entscheidend für die Patentfähigkeit  
Fotonachweis: Archiv Eva Büttner*

Patentiert bekam Wilke die „Köpfvorrichtung an Rübenerntemaschinen“ am 26.08.1937 mit Wirkung ab 8.10.1932. Inzwischen, am 5./12.08.1933, hatte Wilke mit der Friedrich Krupp AG einen Lizenzvertrag abgeschlossen. Zusammen mit der ersten werksgerecht gebauten Maschine gab Krupp 1936 die Lizenz an die Heinrich Lanz AG weiter. Lanz baute ebenfalls eine Maschine, begann aber keine Serienfertigung. Im Bombenhagel des Zweiten Weltkrieges gingen die Maschinen verloren. Nach Kriegsende wurde das „Rübenroderpatent“ von der Fa. Stoll, Lengede-Broistedt, genutzt, sie fertigte Rübenroder in Serienproduktion. Für viele Jahre waren die Maschinen mit dem Schriftzug „Stoll“ marktführend.

Otto Wilke (1867-1947), Landwirt in Harber, Kreis Peine, beschäftigte sich jahrelang mit der Mechanisierung und Verbesserung von Ernteverfahren, um Arbeitskräfte einzusparen bzw. um ihnen die Arbeit zu vereinfachen. Erste Erfindungen betrafen Erleichterungen bei der Getreideernte, so durch Ährenheber/Halmheber und Getreideabteiler/Spurteiler an Mähmaschinen. Unermüdlich befasste er sich mit der maschinellen Zuckerrübenernte und führte ein neues Verfahren ein. Die Arbeitsweise des von ihm erfundenen Rübenvollernters geschah zweiphasig. Im ersten Arbeitsgang wurden die Rüben einer Reihe geköpft und im gleichzeitigen zweiten Arbeitsgang wurden die bereits geköpften Rüben der benachbarten Reihe gerodet. Die beiden Arbeitsgänge liefen in einer Maschine seitlich nebeneinander ab.

*Beim Roden verlorene Rüben (von links): 2 Rüben unzureichend geköpft, 2 Rüben richtig geköpft, 1 Rübe richtig geköpft jedoch mit abgerissener Spitze  
Quelle: Ahlers, Rolf: Otto Wilke, der Erfinder der Rübenvollerntemaschine  
In: Braunschweigische Heimat, 2012, Heft 2, S. 17-22*





Grundriss des größten Windkanales.

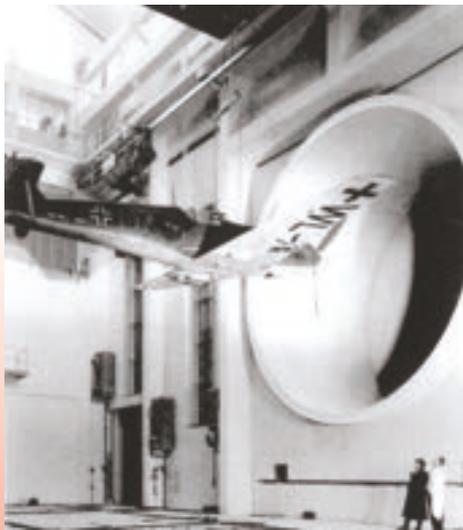
Quelle: Ahlers, Rolf und Sauerbeck, Gerhard (Herausgeber):

Geschichte des Forschungsstandortes Braunschweig-Völkenrode, Braunschweig 2003

# Deutsche Forschungsanstalt für Luftfahrt (DFL) e.V. Luftfahrtforschungsanstalt Hermann Göring (LFA): 1938 bis 1945

Eingehend auf den Vortrag „Organisation und Aufgabenbereich der Luftfahrt“ von Ministerialrat Adolf Bäumker am 21.03.1935 beim Reichsminister der Luftfahrt, Hermann Göring, erklärte dieser, dass Deutschland die Überlegenheit fremder Staaten auf dem Gebiet der Luftfahrtforschung einzuholen hat und auf allen Gebieten die Führung zu übernehmen ist.

Für die Erledigung dieses von höchster Stelle gegebenen Auftrages sollte inmitten des Reiches eine neue große Forschungsanstalt errichtet werden, angegliedert an eine mittelgroße Stadt mit Universität oder Technischer Hochschule. Notwendig waren gute Tarnung und ein eigener Flugplatz. Braunschweig konnte alle Forderungen erfüllen und die Braunschweigische Landesregierung unterstützte die Bemühungen. Das Gelände nordwestlich der Stadt und südlich von Völkenrode und Watenbüttel wurde vorgeschlagen und dazu am 14.05.1935 ausgewählt: Größe: 485 ha, Flugplatz 1.200 m Durchmesser (für Starten und Landen aus allen Richtungen), Waldbestand für Tarnung.



Am 15.10.1935 begannen Vermessungs- und Planierarbeiten sowie die Einzäunungen der beiden Geländeteile (später FAL und PTB), bereits im November war Baubeginn für den ersten Windkanal.

Gegliedert wurde die Anstalt in die Institute „Aerodynamik“, „Gasdynamik“, „Festigkeit“, „Kinematik“ (= Tarnbezeichnung für Waffenforschung) und „Motorenforschung“ sowie die technischen Bereiche. Hermann Blenk (1901-1995) war Leiter des Instituts für Aerodynamik und Betriebsführer der Forschungsanstalt.

Große Forschungsanlagen: Windkanäle, Überschallwindkanäle bis 3-fache Schallgeschwindigkeit, Schießkanäle bis 400 m lang, Motorenprüfstand/Motorenprüffeld, Schleuderstand für Bombenabwurf, Prüfstände für Strahlantriebe (einer in Faßberg/Trauen bei Munster). Zur Messdatenerhebung wurden viele technische Verfahren eingesetzt bzw. entwickelt. Der Personalbestand lag bei 1.000 Personen; einschließlich der technischen Bereiche gab es über 70 Gebäude/ Gebäudegruppen.

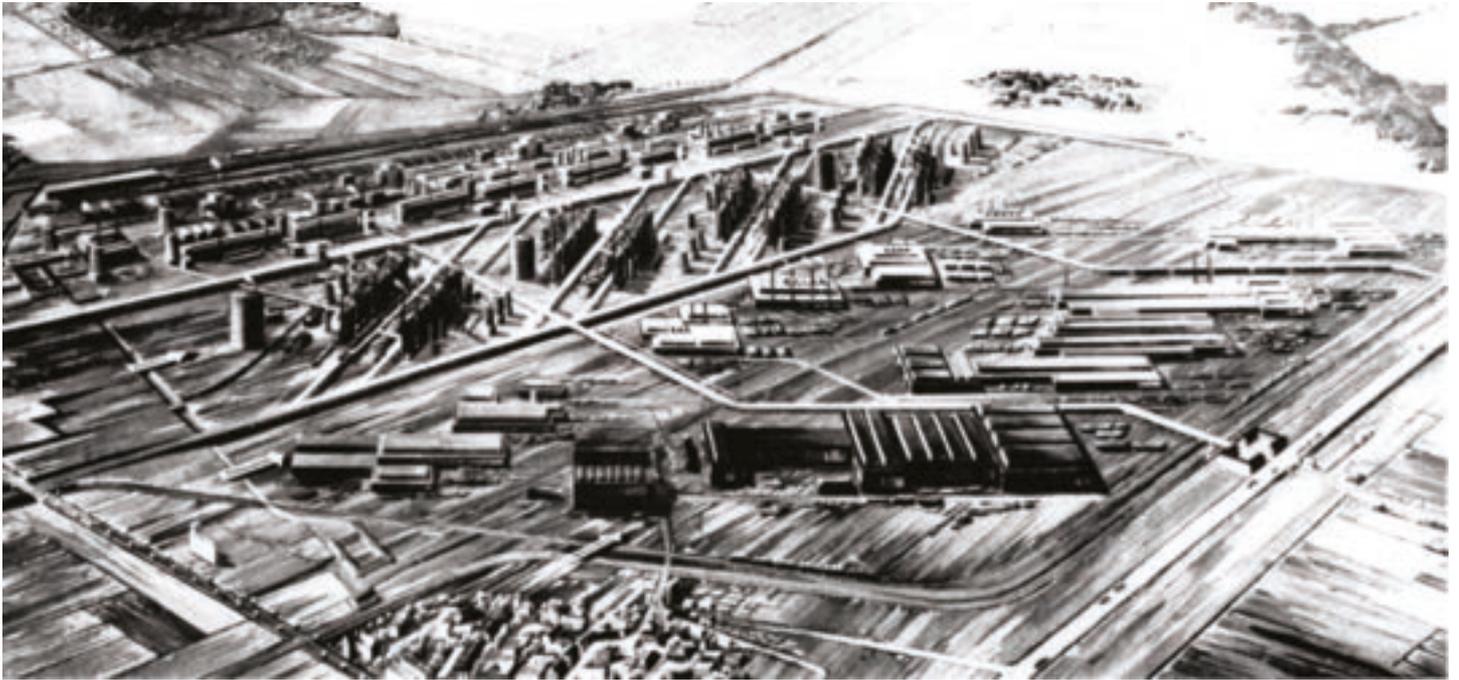
*Der größte Windkanal: Messstrecke mit 8,0 m Durchmesser und 95 m/s (= 342 km/h) Geschwindigkeit, 12.000 kW Antriebsleistung, hier mit einer Messerschmitt Me 109 in der Meßhalle*

*Quelle: Ahlers, Rolf und Sauerbeck, Gerhard (Herausgeber): Geschichte des Forschungsstandortes Braunschweig-Völkenrode, Braunschweig 2003*



*Bahnbrechend für den Bau schneller Flugzeuge war die Entwicklung des Pfeilflügels durch Adolf Busemann. Hier ein Arado-Modell mit Pfeilflügeln in einem kleineren Windkanal.*

*Quelle: Ahlers, Rolf und Sauerbeck, Gerhard (Herausgeber): Geschichte des Forschungsstandortes Braunschweig-Völkenrode, Braunschweig 2003*



*Blick auf das geplante Hüttengelände mit vierstufigem Ausbau  
Quelle: DBHG Sammlung Schulz / Schroeter*

# Reichswerke Hermann Göring



*Der Aussichtsturm 1 bei Watenstedt mit den Firmenschildern der am Bau beteiligten Firmen*

*Quelle: DBHG Sammlung Schulz/Schroeter*

Im Zuge der im Vierjahresplan formulierten Bestrebungen des „Dritten Reichs“, von ausländischen Rohstoffen unabhängig zu werden, kam den Erzvorkommen in Salzgitter besondere Bedeutung zu. Hier sollte ein Hüttenwerk auf der bestehenden Erzbasis entstehen. So wurde am 15. Juli 1937 die Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten ‚Hermann Göring‘ als Staatsbetrieb gegründet. Die Reichswerke betrieben eine aggressive Expansionspolitik und entwickelten sich zu einem international agierenden Konzern. Bereits einen Tag nach der Gründung wurde mit der Firma Brassert ein Vertrag über die Planung und Erstellung eines integrierten Hüttenwerks geschlossen. Drei mögliche Standorte kamen in Frage. Bedingt durch den hohen Zeitdruck wurde nur der Standort Salzgitter in den Planungen berücksichtigt. Am 7. November 1937 gab Hermann Göring die Standortentscheidung bekannt. Zwischen Watenstedt, Hallendorf, Bleckenstedt, Beddingen, Drütte und Immendorf wurden auf 8 km<sup>2</sup> die bauvor-

bereitenden Arbeiten vorgenommen. Ca. 12 Mio. m<sup>3</sup> Boden wurden dabei bewegt. Eine als Tochter der Reichswerke gegründete Umsiedlungsgesellschaft kaufte das erforderliche Land auch gegen den Widerstand der ansässigen Bauern auf, die teilweise umgesiedelt wurden. Das Werk wurde, einem Fischgrätmuster gleich, nach den damals neuesten technischen Erkenntnissen und Möglichkeiten in mehreren Achsen und Ebenen geplant und gebaut.

Die Fundamentierungsarbeiten begannen im Frühjahr 1938. Im Einzelnen waren es: Erzvorbereitung, Kokerei, Kraftwerk, Hochöfen, Stahlwerk, Walzwerk, Wasserwerk, Zentralwerkstätten, Hauptverwaltung sowie diverse Nebenbetriebsteile, wie z. B. das Zentrallabor. Die Planung sah vier Ausbaustufen mit einer Produktionskapazität von je 1 Mio. t Stahl vor. Die erste Ausbaustufe wurde unter Einsatz von zunächst freiwilligen, später zunehmend zwangsverpflichteten Arbeits-



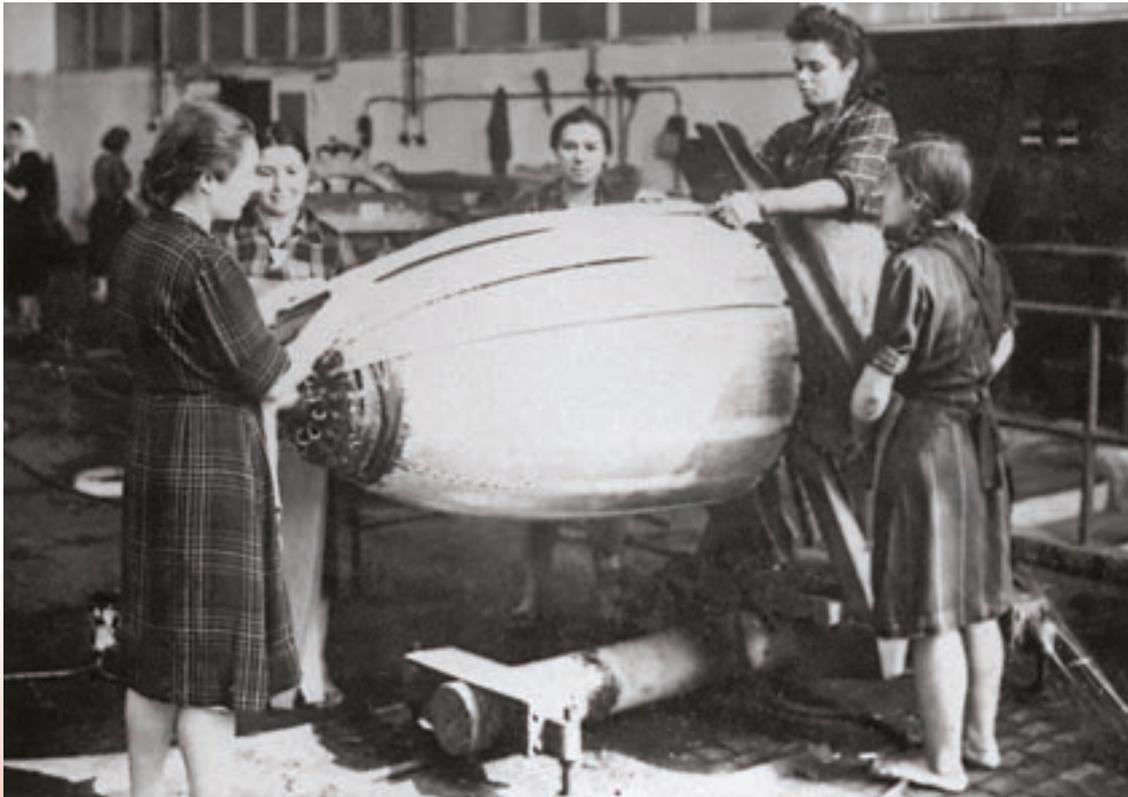
*Erste Hallenstützen am entstehenden Kraftwerk, im Hintergrund die entstehenden Hochöfen der Ofengruppe  
1. Aufnahmetag 17.01.1939*

*Quelle: Archiv der Salzgitter AG  
Bildnummer 20953*



*Unternehmenslogo der Reichswerke*

kräften vollendet, die zweite Ausbaustufe begonnen. Bereits am 20. Oktober 1939 konnte der erste Hochofen angeblasen werden. Das erzeugte Roheisen wurde bis zur Fertigstellung des Stahlwerks im August 1940 als Roheisenmasseln abgegossen und an die Hütten der Ruhr geliefert. Das Walzwerk lieferte im September 1940 die ersten Fertigprodukte. Mit Kriegsbeginn wurden die Reichswerke auch in die Rüstungsproduktion eingebunden, u.a. Granathülsen und Munition teilweise von KZ-Häftlingen hergestellt. Mit der Besetzung Salzgitters durch die Amerikaner am 11.04.1945 wurde die Hütte bis auf das Kraftwerk und das Wasserwerk stillgelegt.



*Zwangsarbeiterinnen aus  
der Sowjetunion bei der  
Fertigung hölzerner Abwurf-  
behälter (1942)  
Fotonachweis: Volkswagen  
Aktiengesellschaft*

# Zwangsarbeit im Volkswagen Werk

Die Gründung der „Gesellschaft zur Vorbereitung des Deutschen Volkswagens mbH“ in Berlin am 28. Mai 1937 und der Baubeginn des „Hauptwerks“ im heutigen Wolfsburg im Februar 1938 dienten der Deutschen Arbeitsfront dazu, das nationalsozialistische Renommierprojekt der Großserienfabrikation des von Ferdinand Porsche konstruierten Kleinwagens voranzubringen, obschon das Projekt aufgrund der ungedeckten Kosten und des aufrüstungsbedingten Material- und Arbeitskräftemangels illusorisch war.

Nach Kriegsbeginn erfolgte in der Fabrik die Umstellung auf Rüstungsproduktion. Da noch keine Stammebelegschaft bestand, zog die Unternehmensleitung ab 1940 ausländische

Zwangsarbeiter, zunächst polnische Frauen, heran. Die größte Gruppe der insgesamt 20.000 eingesetzten Zwangsarbeiter bildeten „Ostarbeiter“, Zivilisten aus der Sowjetunion. 1944 stellten diese zusammen mit polnischen, französischen und niederländischen Zivilarbeitern, sowjetischen und französischen Kriegsgefangenen, deutschen Militärstrafgefangenen, italienischen Militärinternierten und KZ-Häftlingen mehr als zwei Drittel der Belegschaft.

Nach Geschlecht und Nationalität getrennt untergebracht, kam es zu einer rassistisch motivierten Hierarchisierung der verschiedenen Gruppen, die eine unterschiedliche Behandlung und Versorgung nach sich zog und einer Solidarisierung entgegenwirkte.

*Gruppe niederländischer Studenten in ihrer Unterkunftsbaracke (1943)*

*Fotonachweis: Henk 't Hoen*



*Arbeiterinnen bei Schweißarbeiten, 1943*  
*Fotonachweis: Volkswagen Aktiengesellschaft*

Polen und „Ostarbeiter“ lebten in Lagerunterkünften, bekamen niedrigere Löhne und geringere Lebensmittelrationen als Arbeiter beispielsweise aus Frankreich. Sowjetische Kriegsgefangene und italienische Militärinternierte erhielten keinen Lohn und standen unter militärischer Bewachung. Sie mussten vor allem körperlich schwere und gefährliche Arbeiten verrichten. KZ-Häftlinge, darunter Jüdinnen und Juden, waren vollkommen rechtlos und der Willkür ihrer SS-Bewacher ausgeliefert, lebten und arbeiteten isoliert von anderen. Häufig erlitten „Ostarbeiterinnen“ Arbeitsunfälle. Ursachen waren mangelhafter Arbeitsschutz, ungenügende Einweisung, aber auch körperliche Erschöpfung infolge schlechter Ernährung. Die als „blutsverwandt“ geltenden Dänen, Flamen und Niederländer waren demgegenüber deutschen Arbeitern in Bezug auf Lohn, Unterbringung und Versorgung weitgehend gleichgestellt und durften das Lager für Freizeitaktivitäten verlassen. Für den Fall von Widersetzlichkeit drohten allen schwere Strafen, unter anderem durch Werksschutz oder Gestapo. Bis Kriegsende, als am 11. April 1945 amerikanische Truppen die Zwangsarbeiter im Volkswagen Werk befreiten, starben mehrere Hundert ausländische Zwangsarbeiter an Gewaltanwendung, Unfällen, Hunger und Krankheiten.



*Polnisches Ehepaar am  
Grab seines Kindes auf dem  
Friedhof in Rügen (1945)  
Fotonachweis: Volkswagen  
Aktiengesellschaft*

# „Ausländerkinder-Pflegeheim“

Unter den Zwangsarbeiterinnen aus Polen und der ehemaligen Sowjetunion waren einige bereits bei ihrer Ankunft schwanger. Trotz aller Strafmaßnahmen konnten sexuelle Kontakte nie ganz unterbunden werden, zumal neben Liebesbeziehungen auch sexuelle Gewalt oder auch Hungerprostitution zu Schwangerschaften führten. Bis Ende 1942 wurden schwangere Frauen in ihre Heimat zurückgeschickt. Danach wollte das NS-Regime keine Arbeitskräfte mehr verlieren und ließ entweder Zwangsabtreibungen durchführen oder trennte die Mütter nach der Niederkunft von ihren Kindern, um sie rasch wieder an die Arbeit zu bringen. Anfangs durften Mutter und Kind noch sechs bis acht Wochen zusammenbleiben, später nur noch zwei Wochen oder 10 Tage.

Zunächst wurde im „Ostlager“ ein Gebärd- und Säuglingszimmer eingerichtet. Im April 1943 vereinbarten das Werk und der Landkreis Gifhorn, in der eigens am Schachtweg eingerichteten „Ausländerkinder-Pflegestätte“ auch Säuglinge der im Landkreis tätigen Zwangsarbeiterinnen aufzunehmen. Dies half allerdings nur kurzfristig, denn die Einrichtung nahm zeitweise bis zu 120 Säuglinge auf. Die Todeszahlen erreichten einen ersten Höhepunkt.

Im Juni 1944 wurde die „Pflegestätte“ nach Rühren verlegt, um eine Epidemie einzudämmen. An den äußeren Umständen änderte sich jedoch nichts, sodass bis Kriegsende insgesamt über 350 Kinder starben. Dies lag vor allem an der frühen Trennung von Mutter und Säugling, die ein Stillen der Kinder im ca. 12 km entfernten Rühren verhinderte. Die Überbelegung in den verschmutzten Baracken sowie mangelnde Betreuung und Ernährung führten dazu, dass sich Krankheiten rasch ausbreiteten. Vom Tod ihres

Kindes erfuhren die Frauen erst, wenn ihnen die Beerdigungskosten vom Lohn abgezogen wurden.

Ein britisches Militärgericht verurteilte den leitenden Werksarzt Dr. Hans Körbel am 24. Juni 1946 zum Tode; Körbel wurde 1947 in Hameln hingerichtet. Die Baracken der damaligen Ausländerkinder-Pflegestätte sind verschwunden. An der Grabstelle auf dem Friedhof Rühren erinnern eine Stele und zwei Gedenktafeln an die verstorbenen Kinder; seit 2014 weist am ehemaligen Gelände eine Tafel auf das Schicksal der Kinder hin.

*Inscription auf der Gedenktafel*

*„Hier ruhen über 100 russische  
und polnische Kinder  
die im Kinderlager Rühren  
1944 - 1945*

*Opfer nationalsozialistischer  
Gewaltherrschaft wurden.*

*Im Alter von wenigen Tagen  
wurden sie ihren Müttern genommen  
und kamen jämmerlich zu Tode.*

*Ihr Tod mahnt uns,  
den Krieg und seine Unmenschlichkeit  
nicht zu vergessen,*

*aus der Vergangenheit zu lernen,  
zu hoffen und dafür zu wirken,  
dass menschliche Gewalt  
vom Leben füreinander  
abgelöst wird.“*

**WIR GEDENKEN  
DER OPFER**



*Gedenktafel auf dem  
Friedhof in Rühren  
Foto: Peter Schlelein  
2016*



*Ansicht des Hotels Fürstenhof  
Am 8.12.1943 meldete das Konstruktionsbüro in  
Blankenburg die Fertigstellung der Konstruktions-  
und Fertigungszeichnungen für den U-Bootyp XXI.  
Im ausgeräumten Kinosaal und in den Gasträumen  
des Hotels Fürstenhof fand deshalb in Anwesenheit  
von Albert Speer eine Feier statt.  
Fotonachweis: Archiv der Heimatsammlung der Stadt  
Blankenburg (Harz)*

*In beschlagnahmten Räumen der Schlosskaserne hatte neben  
anderen Dienststellen der Marine die Betriebsführung des  
IBG in Blankenburg ihre Büros.  
Fotonachweis: Archiv der Heimatsammlung der Stadt  
Blankenburg (Harz)*



# Ingenieur-Büro Glückauf in Blankenburg

Das Ingenieur-Büro Glückauf (IBG) war eine Abteilung des Reichsrüstungsministeriums, die als Konstruktionsbüro des Hauptausschusses Schiffbau der Entwicklung einer neuen Generation von U-Booten diente. Es wurde im Juli 1943 zwecks Konstruktion neuartiger Boote in Halberstadt und Blankenburg (Harz ) eingerichtet. In Halberstadt wurde das Bestellwesen des IBG untergebracht und der Generaldirektor des Hauptausschusses Schiffbau, der u.a. für die Segmentfertigung der U- Boote zuständig war, hatte hier seinen zweiten Amtssitz. In über die Stadt Blankenburg verteilten, beschlagnahmten Gebäuden (z.B. das „Kaffee-Kurhaus“, die Mädchen-Oberschule, eine Berufsschule und das Alumnat) entstanden sämtliche der für die Herstellung notwendigen Konstruktionsunterlagen u.a. für die Fertigung der U- Boote der Typen XXI und XXIII. Deren Bau erfolgte auf verschiedenen Werften, aus z.T. bereits in Eisenbaubetrieben des Binnenlandes vorgefertigten Einzelsegmenten. Die Mitarbeiter des IBG stammten meist aus den Forschungsabteilungen der in den U-Boot-Bau einbezogenen Werften. Nach Abschluss der Arbeit an den beiden genannten Typen blieb ein erheblicher Teil der ursprünglich etwa 650 Mitarbeiter

des Konstruktionsbüros in Blankenburg zurück, um an weiteren Projekten wie z.B. am Typ XXVI W zu arbeiten. In Blankenburg selbst nutze man, um wirklich exakte und funktionale technische Zeichnungen anfertigen zu können, 1:1 Modelle der Boot-Projekte aus Holz, die man in den Hallen der BEMA am Bahnhof baute. Diese dienten zur Genauigkeitskontrolle für die in Blankenburg erstellten Fertigungsunterlagen, zur Schulung von Mitarbeitern der Werften und von für die Übernahme vorgesehenen Besatzungsmitgliedern. Ein Werk im Sinne eines Produktionsbetriebes für die vom IBG entworfenen U-Boote gab es in Blankenburg nicht. Vielmehr ermöglichte das zentrale Konstruktionsbüro auch den Übergang zur auf verschiedene Standorte verteilten Sektionsfertigung im U-Bootbau.

Am 12.4.1945 wurde das IBG geschlossen und in den folgenden drei Tagen auf dem Schulhof der Mädchenschule Zehntausende von Zeichnungen aus dem Archiv des Büros in 4 oder 5 Feuern verbrannt.

*Der Stadtplan von Blankenburg (Harz) zeigt vom IBG beschlagnahmte Objekte als rote Quadrate und Rechtecke. Die vereinzelt dargestellten Baracken stellen nur einige der Kriegsgefangenen- und Zwangsarbeiterlager dar, die in den letzten Jahren des Krieges in der Stadt entstanden waren.  
Fotonachweis: Archiv der Heimatsammlung der Stadt Blankenburg (Harz)*



*Modell des U-Bootyps XXI*

*Fotonachweis: Archiv der Heimatsammlung der Stadt Blankenburg (Harz)*





*Außenlager des Konzentrationslagers  
Buchenwald in Holzen Modell.  
Foto: Jörg Mitzkat*



*Fundamente der Baracken in der  
Erinnerungsstätte Lenner Lager  
(Zustand 2016)  
Fotonachweis: Dr. Hilko Linne-  
mann*

# Zwangsarbeit für die Rüstung im Zweiten Weltkrieg im Raum Eschershausen

Mit der seit 1943 einsetzenden Untertageverlagerung von Rüstungsproduktion in Bergwerke und Höhlen reagierte das nationalsozialistische Regime auf die zunehmende Überlegenheit der alliierten Luftstreitkräfte im Zweiten Weltkrieg. Der Asphaltabbau im Mittelgebirgszug des Hils, unweit der Stadt Eschershausen im Süden Niedersachsens, bot wegen seines Stollensystems und seiner Lage gute Voraussetzungen für eine Untertageproduktion.

Nachdem Ende 1943 in den Stollen Material und Maschinen verschiedener Firmen eingelagert worden waren, setzte ab Mitte 1944 im Zuge des „Jägerprogramms“ ein Verteilungskampf der Rüstungsindustrie um die Untertageflächen ein. Neben Firmen wie der Lorenz AG, dem Zahnradhersteller Reinhardt und der Deutschen Edelstahlwerke AG drängte vor allem die Volkswagenwerk GmbH in den Hils. Im Oktober 1944 kamen weitere Firmen hinzu. Unter der Tarnbezeichnung „Hecht“ entstand im Hils ein Rüstungskomplex, in dem bis Kriegsende weder der abschließende Ausbau der Stollen noch die Rüstungsvorhaben der Unternehmen im geplanten Umfang umgesetzt werden konnten.

Der millionenfache Einsatz von Zwangsarbeitern aus allen besetzten Gebieten Europas bildete das Rückgrat der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft während des Zweiten Weltkrieges. Seit Frühjahr 1944 entstanden im Umfeld Eschershausens eine Vielzahl unterschiedlicher Lager für KZ-Häftlinge, Strafgefangene und Zwangsarbeiter. Neben dem Außenlager des Konzentrationslagers Buchenwald in Holzen und einem Außenlager des Zuchthauses Hameln-Celle



*Ehrenfriedhof des Rüstungskomplexes in Holzen.  
Foto: Dr. Hilko Linnemann, 2011*

gab es zahlreiche Lager für Zwangsarbeiter, wovon das größte Lager das „Lager Lenne“ war.

Unter unmenschlichen Bedingungen lebten und arbeiteten hier mehr als 5.000 Gefangene für die Rüstungsproduktion.

Der Ehrenfriedhof in Holzen und der Bereich des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers Lenne sind heute Gedenkstätten.



*Appell der SA- und SS-Hilfspolizei vor dem Residenzschloss am 7. März 1933 durch Innenminister Klagges, dahinter Jeckeln, Alpers (3. und 4. von links) und der Kommandeur der Schutzpolizei Selle (6. von links).*

*Fotonachweis: Fotoarchiv des Braunschweigischen Landesmuseums  
Repro: A.Pröhle*

# SA (Sturmabteilung) und SS (Schutzstaffel)

Die Sturmabteilung (SA) war neben der politischen Führung die entscheidende Formation der NSDAP. Entstanden 1920 als „Saalschutz“ diente sie Hitler zur Durchsetzung seines Führungsanspruchs. Der Aufstieg der NSDAP wurde entscheidend durch die Terror- und Propagandaaktionen der SA ermöglicht. Die unkontrollierten Gewalttätigkeiten der SA gefährdeten jedoch die scheinlegale Politik Hitlers 1933. Mit der Liquidierung der SA-Führung 1934 durch die SS (Schutzstaffel) endete deren Machtstellung. In den folgenden Jahren stieg die SS zum zentralen Unterdrückungs- und Vernichtungsorgan auf. Kennzeichnend für die SS war die Verzahnung staatlicher Funktionen und Institutionen mit Parteistrukturen, mit dem Ziel der Kontrolle und Radikalisierung: so wurde die Polizei unter Leitung der SS zentralisiert und der Wehrmacht die Waffen-SS zur Seite

gestellt. Die SS betrieb die Konzentrationslager, ließ Häftlinge auch in ihren eigenen Wirtschaftsbetrieben schuften, plante und beging den Holocaust.

Auch im Freistaat Braunschweig hatte die SA mit ihren Propagandaaktionen großen Anteil am Aufstieg der NSDAP. So erreichte SA-Gauleiter Dincklage früh die Gründung vieler Ortsvereine. Doch schon bei der „Machtergreifung“ 1933 spielte die SS eine mitentscheidende Rolle. Initiatoren der Gewaltaktionen waren SS-Sturmbannführer Alpers (auch Justizminister) und SS-Gruppenführer Jeckeln. Wie überall im Reich stürmte die SA- und SS-Hilfspolizei Parteizentralen (hier Volksfreundehaus), verhaftete, misshandelte und ermordete Sozialdemokraten und Gewerkschaftler. Beim sogenannten Stahlhelm-Putsch setzten sie hunderte politische Gegner im AOK-Gebäude fest und

folterten sie. Höhepunkt war der Mord an 10 Kommunisten in Rieseberg. Auch die Zerstörung der Geschäfte jüdischer Kaufleute 1933 und die Pogromnacht 1938 war die Tat der SS.

Auch institutionell spielte die SS eine wichtige Rolle: so wurde die Hilfspolizei in die Gestapo Braunschweig eingegliedert, die Dienststelle eines Höheren SS- und Polizeiführers eingerichtet und im ehemaligen Residenzschloss eine der vier SS-Junkerschulen untergebracht. Hier bildete man den Führungsnachwuchs von Waffen-SS und SS aus – für den militärischen Einsatz, für die Massenmorde hinter der Front und die Tötungsmaschinerie in den Konzentrationslagern. Zum exklusiven Kreis der SS-Obergruppenführer gehörten 1943 Jeckeln, Alpers und Ministerpräsident Klagges.



*Oberbürgermeister Ernst Böhme wird von Angehörigen der SS-Hilfspolizei am 25. März 1933 gewaltsam durch die Stadt ins SS-Haftlokal gebracht, dort gefoltert und zum Amtsverzicht gezwungen.*

*Fotonachweis: Fotoarchiv des Braunschweigischen Landesmuseums  
Repro: A.Pröhle*



AOK-Gebäude 1933  
Fotonachweis: Stadtarchiv Braunschweig

# Zerschlagung der Braunschweiger Arbeiterbewegung

Nach Ende des ersten Weltkrieges schlossen sich die einzelnen freien Arbeiterschaften zum ADGB, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, zusammen. Der ADGB fungierte in diesem Rahmen als Dachorganisation und setzte die sozialpolitischen, wirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen Forderungen eigenständig und unabhängig gegenüber der Regierung, dem Parlament und den Wirtschaftsvertretern durch. Diese Eigenständigkeit der Arbeiterbewegung war der NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) ein Dorn im Auge und schon früh, sogar schon vor der „Machtübernahme“ am 30. Januar 1933, wurde geplant, die Gewerkschaften zu zerschlagen. In Braunschweig zeigten sich ab 1929 die Folgen der Weltwirtschaftskrise. Die Arbeitslosenzahlen stiegen, die Wirtschaft stagnierte und Stilllegungen waren an der Tagesordnung. Auch die politische Radikalisierung von Links und Rechts war ein Nährboden für die NSDAP. Am 6. Mai 1933 wurde der Nationalsozialist Dietrich Klagges zum Ministerpräsident des Freistaats Braunschweig ernannt und ging mit brutalem Terror gegen politische Gegner vor. Diese Terrorakte gegen SPD (Sozial Demokratische Partei) und KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) im Volksfreundehaus am 9. März 1933, in der Allgemeinen Ortskrankenkasse am 27. März 1933, sowie die Riesebergmorde am 4. Juli 1933 waren nur der Auftakt für ein brutales Terrorregime und gleichzeitig die Vernichtung der Arbeiterbewegung. Systematisch wurden SPD-Abgeordnete auf der Straße verhaftet. SS-Leute stürmten das Volksfreundehaus in Braunschweig. Angehörige der Gewerkschaft und Angestellte wurden zusammengetrieben und brutal verprügelt. Möbel, Unterlagen, sowie Fahnen und Bücher wur-

den auf einem Haufen vor dem Gebäude verbrannt. Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaften im gesamten Deutschen Reich per Gesetz verboten und das Vermögen der deutschen Arbeiterbewegung von 300 Millionen Reichsmark (im gesamten Deutschen Reich) wurde von den Nationalsozialisten beschlagnahmt. Im Juni 1933 wurden Razzien und Verhaftungen im Arbeiterviertel im Eichtal in Braunschweig von der SS (Schutzstaffel) und Hilfspolizisten durchgeführt. Dabei wurden willkürlich angetroffene Arbeiter verhaftet. Als Begründung wurde der Tod eines SS-Mannes vorgeschoben, den seine eigenen Leute erschossen hatten. Die Verhafteten wurden in das AOK-Gebäude gebracht und brutal gefoltert. 10 Arbeiter

wurden brutal hingerichtet, was später als Massenmord vom Rieseberg bekannt wurde. Arbeiter & Gewerkschafter wurden nach dem Verbot von den Nationalsozialisten in der DAF (Deutsche Arbeitsfront) geführt. Es war eine Organisation, die von der NSDAP bis 1945 überwacht und beherrscht wurde.



*Verbrennung vor dem Volksfreundehaus 1933  
Fotonachweis:  
Stadtarchiv Braunschweig*

*Historische Aufnahme des Strafgewohns Wolfenbüttel mit Blick auf die Hafthäuser I und III und das Hinrichtungsgebäude am linken Bildrand, vermutlich 1941  
Fotonachweis: Niedersächsisches Landesarchiv*



*Aufnahme des Hinrichtungsraumes mit der Guillotine, vermutlich April 1945  
Fotonachweis: Howard Goodkind  
Privatbesitz Tom Goodkind*



# Strafvollzug und Hinrichtungen während des Nationalsozialismus: Das Strafgefängnis Wolfenbüttel

Das Strafgefängnis Wolfenbüttel wurde als zentrale Haftanstalt im ehemaligen Land Braunschweig zur Umsetzung der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Mordpolitik und der Radikalisierung der Justiz und des Justizvollzugs nach 1933 genutzt. So wurden neben kriminellen Straftätern auch politische Gegner, rassistisch verfolgte, soziale Außenseiter und mit der Verschärfung des Paragrafen 175 ab 1935 insbesondere auch Homosexuelle in Wolfenbüttel inhaftiert.

Insbesondere bei Kriegsende spiegelt das Strafgefängnis die mit dem Kriegsverlauf einhergehenden Radikalisierungsstufen der NS-Besatzungspolitik. Seit 1942 wuchs die Zahl polnischer und osteuropäischer Häftlinge, die als Zwangsarbeiter ins Reich gebracht worden waren und gegen die repressiven Aufenthalts- und Arbeitsbestimmungen verstoßen hatten.

Ab 1939 wurden auch europäische Widerstandskämpfer in Wolfenbüttel inhaftiert. Das Strafgefängnis diente dem Reichsjustizministerium als Haftanstalt für über 900 „Nacht- und Nebel-Gefangene“ aus Belgien, Frankreich, den Niederlanden und Norwegen. 54 von ihnen wurden nach Verfahren vor dem Volksgerichtshof mit dem Fallbeil hingerichtet, über 30 starben in der Haft. Fernande Mathieu, geb. Volral, war eine der NN-Gefangenen, die nach Deutschland gebracht wurde. Sie wurde vom Volksgerichtshof wegen ihrer Widerstandstätigkeit zum Tode verurteilt. Am 7. August 1944 wurde sie im Alter von 23 Jahren im Strafgefängnis Wolfenbüttel hingerichtet.



Pass von Fernande Mathieu, geb. Volral Passfoto, 1940

*„Ich bin sehr ruhig, Mutti. Sieh, ich habe ein reines Gewissen. Ich habe nach meinen Grundsätzen gehandelt. Man kann nicht beim Sterben unglücklich sein, wenn man diesen Trost hat.“*

*Aus dem Abschiedsbrief an ihre Mutter, 7. August 1944  
(Übersetzung aus den Akten des Volksgerichtshofs).  
Fotonachweis: Bundesarchiv Berlin*

Der „Jacobstempel“ auf dem Schulhof der Jacobson-Schule in Seesen  
Fotonachweis: Archiv Jacobson-Gymnasium Seesen



Innenaufnahme des Jacobstempels  
Fotonachweis: Archiv Jacobson-Gymnasium Seesen

# Die Zerstörung der Synagoge in Seesen

Die 1810 eingeweihte Synagoge der Jacobson-Schule, der „Jacobstempel“, wurde Prototyp für eine neue Synagogenarchitektur und Modernisierungen im jüdischen Gottesdienst. Durch Orgelmusik, Chorgesang, deutschsprachige Predigt und eine jugendgerechte Verkürzung der Liturgie im ersten jüdischen „Tempel“ der Neuzeit versuchte der Stifter Israel Jacobson den Gottesdienst attraktiver und zeitgemäßer zu machen. 1922 wurde die jüdische Stiftungsschule verstaatlicht; die Synagoge – inmitten des Schulhofs – war weiterhin Ort des Gottesdienstes der Seesener jüdischen Gemeinde.

Kurz nach der NS-Machtergreifung kommt es schon zu Handlungen gegen den Tempel: Steinwürfe zur Störung des Sabbat-Gottesdienstes, Schäden durch Baumfällungen und ab 1937 durch Zerschlagen der Fenster, Einbrüche und Farbschmierereien. Die schulterzuckenden Argumente des Schulleiters gerade gegenüber der Jacobson-Stiftung, sowie seine Argumente für einen Abriss den Behörden gegenüber sind in zahlreichen Akten belegt. 1937 gibt die Jacobson-Stiftung den Kampf um das historische Kulturdenkmal auf und versucht, aus dem Inneren zu retten, was noch unzerstört ist.

Eine Abrissverfügung durch das Gandersheimer Bauamt liegt vier Wochen vor der Reichspogromnacht vor. Trotzdem wird der Tempel in der Nacht vom 9. auf 10. November durch Brandstiftung von SS-Männern restlos zerstört. Es brennt zwar nur noch die architektonische Hülle, ist aber flammendes Symbol des Hasses. Der Synagogenverwalter Siegfried Nussbaum wird zum Brandplatz gebracht und beschuldigt, das Feuer selbst gelegt zu haben. Die aufgestachelte Volks-

menge droht, den Juden selbst in das Feuer zu stoßen. Heimleiter Langenberg fordert deshalb, Nussbaum in Schutzhaft zu nehmen. Auf dem Weg zur Polizeistation täuschen die SS-Begleiter einen Fluchtversuch vor. Siegfried Nussbaum wird in den Rücken geschossen. Vier Tage später stirbt er an seinen schweren Verletzungen.



*Siegfried Nussbaum  
Fotonachweis: Foto undat. (Privat)*



*Die brennende Synagoge nach Einsturz  
des Daches 10.11.1938  
Fotonachweis: Archiv Jacobson-Gymnasi-  
um Seesen; Foto eines Heimschülers*



*Elli Bücher*  
*Fotonachweis:*  
*Historisches Fotoarchiv Wolfgang Lange*

# Ein Helfer versteckte Elli Bücher im Hinterzimmer



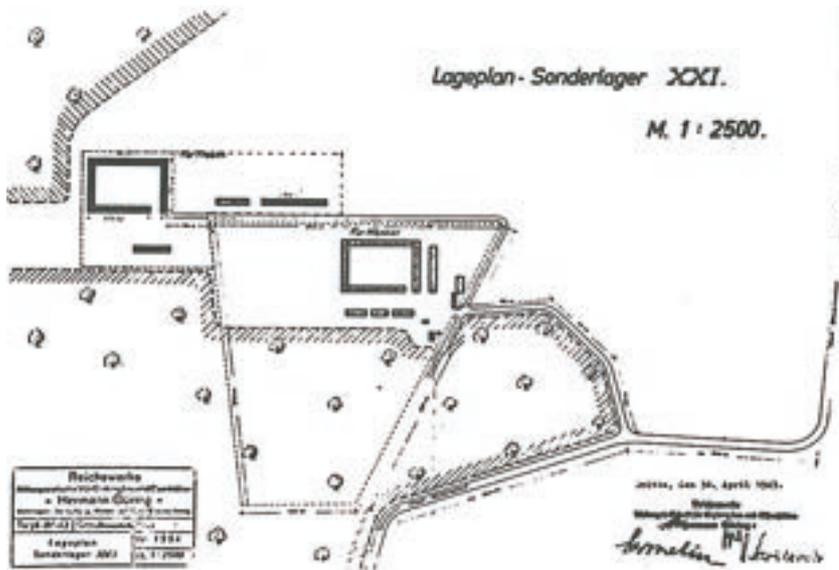
*Der Kunstmaler  
Otto Bücher  
Fotonachweis:  
Historisches  
Fotoarchiv  
Wolfgang Lange*

nach sollte sich Elli Bücher „am Montag, dem 19.2.1945, 7.30 Uhr, im Dienstzimmer Nr. 7 der Geheimen Staatspolizei, Staatspolizeistelle Braunschweig zum Zwecke ihrer Evakuierung nach Theresienstadt melden“. Am 25. Februar 1945 erfolgte nachweislich der letzte Transport von Juden aus Braunschweig nach dem KZ Theresienstadt, die fast alle aus „privilegierten Mischehen“ stammten. Elli Bücher überlebte den Krieg. Mit dem Einmarsch US-amerikanischer Kampftruppen am 11. April 1945 in der Stadt Wolfenbüttel konnte Elli Bücher erstmalig wieder ihr Versteck verlassen.

Die Wolfenbütteler Jüdin Elli Bücher überlebte den Holocaust in einem Versteck in der Langen Herzogstraße 9. Sie war mit dem bekannten Kunstmaler Otto Bücher verheiratet, das Leben in einer „privilegierten Mischehe“ hatte die 1888 in Berlin geborene Jüdin bis 1945 vor der Deportation bewahrt. Ab Herbst 1944 hatten die Nationalsozialisten den Druck auf die nichtjüdischen Ehepartner erhöht. Am 15. November wurde Otto Bücher, der im Oktober 1936 aus der „Reichskammer der bildenden Künste“ ausgeschlossen worden war, als „jüdischer Versippter“, so der NS-Sprachgebrauch, zusammen mit etwa 50 Braunschweiger Halbjuden und Ehemännern von Jüdinnen in ein Arbeitslager der Organisation Todt für jüdische Mischlinge in Blankenburg (Harz) eingewiesen.

Im Januar 1945 erhielt Elli Bücher, die im Stern'schen Konservatorium in Berlin Musik studiert und von 1927 bis 1932 für die

Wolfenbütteler Zeitung Musikkritiken geschrieben hatte, eine Vorladung bei der Geheimen Staatspolizei in der Leopoldstraße in Braunschweig. „Von der Gestapo in Braunschweig wurde mir erklärt, dass ich innerhalb von 3 Tagen nach Theresienstadt abtransportiert werden sollte. Die 3-Tagesfrist verstrich jedoch, wahrscheinlich deshalb, weil die Eisenbahnverbindungen inzwischen durch Bombenangriff zum Teil zerstört waren“, berichtete Elli Bücher 1950. Während des allgemeinen Chaos eines nächtlichen Fliegeralarms versteckte Ernst Koch, ein Freund der Büchers und Besitzer eines Kunsthauses sowie einer Glaserei in Wolfenbüttel, Elli Bücher am 6. Februar 1945 in einem fensterlosen kleinen Zimmer hinter einem Büro. Dort stand lediglich ein Bett. Eine erneute Vorladung der Gestapo nahm Büchers Schwägerin acht Tage nach dem Untertauchen in deren Wohnung in der Grauhofstraße entgegen. Dem Schreiben



Lageplan des Sonderlagers 21  
Quelle: StA Wf, 77 Neu 7, Nr. 55

<b>LAGERORDNUNG</b>	
1.	Jede Anordnung ist sofort zu befolgen.
2.	Niemand darf Gegenstände oder Kleidungsstücke im Besitz haben, die ihm nicht von der Lagerleitung belassen oder ausgehändigt worden sind.
3.	Von jedem wird harte Arbeit, strenge Zucht, Ordnung, Sauberkeit und gutes Verhalten gegenüber den anderen Häftlingen gefordert.
4.	Jeder Widerstand und jede Gewalttat werden mit allen Mitteln sofort - notfalls mit der Schusswaffe - gebrochen.
5.	Bei einem Fluchtversuch wird sofort und ohne Anruf geschossen.
6.	Wer Kenntnis von beabsichtigten Gewalttaten, Fluchtversuchen, Diebstählen oder anderen Verstößen gegen die Lagerordnung erhält und sie nicht sofort meldet, macht sich ebenso strafbar wie der Täter selbst. Wer einen anderen Gefangenen hierzu anstiftet, wird schärfer als der Täter bestraft.
7.	Verboten ist: Jeder Tabakgenuß, die Unterhaltung mit anderen Häftlingen während der Arbeit, der Zeit der Nachtruhe und während des Anstretens, das Schützen der Lagerstätten außerhalb der Zeit der Nachtruhe.
8.	Jeder Angehörige des Lagerpersonals in Uniform ist durch Abnehmen der Kopfbedeckung und Vorbeigehen in gerader Haltung zu grüßen. Die Anwendung des Deutschen Grußes ist verboten.
9.	Eingehende Briefe und sonstige Mitteilungen werden dem Häftling bekanntgegeben, bis zur Entlassung verwahrt und dann ausgehändigt.
10.	Es können Lebensmittelpakete in unbeschränkter Zahl von Angehörigen empfangen werden. Der Inhalt muß jedoch am Tage der Ankauf oder am darauffolgenden Tage verzehrt werden, sonst erfolgt Verteilung auch an andere Häftlinge. Die deutschblütigen Häftlinge dürfen alle 14 Tage einen Brief oder eine Karte, fremdländische Häftlinge alle 4 Wochen, Juden, Polen und Ostarbeiter aber nur alle 2 Monate eine Karte schreiben ...
11.	Wer die Lagerordnung oder gegebene Anordnungen nicht befolgt, wird bestraft. Gibt jemand zu erkennen, daß er sich nicht bessern will, werden gegen ihn schärfere Maßnahmen ergriffen. Falls erforderlich, wird er in ein Konzentrationslager überführt.
12.	Du bist hier, weil Du Dich gegen die Gesetze des Deutschen Volkes vergangen hast. Denke daran und bessere Dich!

Lagerordnung  
Quelle: Public  
Record Office

# Lager 21 als Beispiel für das nationalsozialistische Lagersystem

Das nationalsozialistische Lagersystem war eines der zentralen Herrschaftsinstrumente des Regimes. Politische Gegner, rassistisch und sozial Verfolgte, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter wurden in Lagern unterschiedlichen Typs interniert, gefoltert und getötet.

Arbeitserziehungslager (AEL) wurden die seit 1940 von der Geheimen Staatspolizei errichteten Lager genannt, die der Disziplinierung der ausländischen, aber auch der deutschen Arbeitskräfte dienen sollten. Die Einweisung wegen „Arbeitsbummelei“ erfolgte ohne Gerichtsverfahren, häufig nach einer Denunziation, die Haftbedingungen waren ähnlich grausam wie in den Konzentrationslagern: „Arbeitserziehung“ bedeutete Nahrungsmittelentzug, überfüllte Baracken, Schwerarbeit, physische und psychische Misshandlung.

Im Frühjahr 1940 errichteten die Reichswerke in der Nähe von Hallendorf ein zunächst Sonderlager, später Arbeitserziehungslager genanntes Lager, das unter der Leitung der Gestapo Braunschweig stand. Ursprünglich eingerichtet, um polnische Zwangsarbeiter zu disziplinieren, wurden im Lager mit der Nummer 21 auch Juden und

Schutzhäftlinge festgehalten, bevor sie in Konzentrationslager überführt wurden. Die größte Häftlingsgruppe bildeten mit 50 % osteuropäische Häftlinge, gefolgt von westeuropäischen (35 %) und deutschen Gefangenen (15 %).

Das Lager 21 hatte bis 1942 zwei Baracken mit insgesamt 22 Stuben, im Frühjahr 1942 wurde es um ein Straflager für Frauen erweitert. Durchschnittlich waren ab dem Sommer 1942 1.100 Männer und 600 Frauen inhaftiert, die sämtlichen persönlichen Besitz abgeben und mit „Häftling L21“ gekennzeichnete Gefangenenbekleidung tragen mussten. Eingeteilt in Arbeitskommandos mussten die Häftlinge Schwerarbeit leisten. Das berüchtigtste Arbeitskommando war „Schlacke Drütte“, in dem heiße Schlacke zerkleinert und mit nahezu bloßen Händen auf Waggons verladen werden musste. Vermutlich über 1.000 Häftlinge überlebten die Haftzeit nicht. Todesursachen waren nicht nur Krankheiten und Kräfteverfall; eine nicht genau bekannte Zahl von Häftlingen wurde gehängt oder bei einem tatsächlichen oder vermeintlichen Fluchtversuch erschossen. Die Verstorbenen wurden bis 1943 auf dem Friedhof Westerholz, danach auf dem

Friedhof Jammertal begraben.

Das Lager 21 wurde Anfang April 1945 angesichts der näher rückenden alliierten Truppen geräumt, die Häftlinge gelangten nach Helmstedt, wo sie „entlassen“ wurden.

Nachdem das Frauenlager bereits bei einem Bombenangriff in den letzten Kriegstagen nahezu vollständig zerstört worden war, wurden die Häftlingsbaracken des Männerlagers 1945 niedergedrückt, die Bunkeranlagen 1949 gesprengt.

Das Gelände ist heute von Wald überwachsen, nur noch wenige Betonreste erinnern an das ehemalige Lager.



*Blick auf die Gedenktafel auf dem Friedhof Westerholz, mit der an die dort ruhenden „857 Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft 1939-1945“ erinnert wird.*

*Fotos: Markus Schulze*



*Das brennende Braunschweig am frühen Morgen des 15. Oktober 1944, aufgenommen zwischen 2:00 und 3:00 Uhr von einem Lancaster-Bomber der britischen Royal Air Force (RAF).  
Fotonachweis: aus Wikipedia: Bombenangriff auf Braunschweig am 15. Oktober 1944, 5. Bombergruppe der Royal Air Force*



*Ruine der Andreaskirche 1948  
Fotonachweis: Stadtarchiv Braunschweig*



*Während des Luftangriffs vom Rathausurm:  
vorn die Burg mit Burgplatz, in der Mitte die Andreaskirche  
Fotonachweis: Stadtarchiv Braunschweig*

# Luftangriffe auf Braunschweig im Zweiten Weltkrieg

Braunschweig gehörte im Zweiten Weltkrieg zu den wichtigsten strategischen Angriffszielen der Alliierten: Die Flugplätze, das Luftflottenkommando, die Luftfahrtforschungsanstalt, die Bahnhöfe, sowie die Kasernen und die Rüstungsindustrie. Im Februar 1941 fielen erstmals Bomben auf die Innenstadt. Die erste schwere Attacke erschütterte die Stadt am 10. Februar 1944, dabei starben etwa 250 Menschen. Danach folgten regelmäßig Angriffe aus der Luft.

## Zivilisten wurden zum Ziel der Bomben

Die Angriffe richteten sich zunächst gezielt gegen die Rüstungsindustrie. Die Briten und Amerikaner versuchten mit der veränderten Strategie der Flächenbombardements die Bevölkerung zu zermürben.

## Schwerster Luftangriff auf Braunschweig

Der Bombenangriff auf Braunschweig am 15. Oktober 1944 durch die britische Luftwaffe markierte den Höhepunkt der Zerstörung

der Stadt im Zweiten Weltkrieg. Der Luftangriff erzeugte einen riesigen Feuersturm. Danach brannten zweieinhalb Tage große Teile Braunschweigs. Der Angriff zerstörte über 90 % der mittelalterlich geprägten Innenstadt. Es ist davon auszugehen, dass die Ladung der Lancaster-Bomber für diesen Angriff auf Braunschweig zu mehr als 80 % aus Brandbomben bestand. In der Innenstadt gab es über 800 Fachwerkhäuser. Rund 200.000 Brandbomben entfachten einen Flächenbrand. Als die Flugzeuge nach 20 Minuten gegen 2.45 Uhr abdrehten, hatten Feuerwehr und Helfer keine Chance mehr, die Flammen zu löschen. Sie konzentrierten sich darauf, Menschen zu retten, die in überfüllten Bunkern ausharrten.

## Bunker in Braunschweig

Dass bei dem Angriff mit 240 Flugzeugen nicht noch mehr Zivilisten (633) ums Leben kamen, ist den 24 öffentlichen Bunkern der

Stadt zu verdanken. Dort fanden ca. 23.000 Menschen Schutz. In den Bunkern wurde die Luft knapp. Erst im Schutz eines Löschwasserregens gelang es den vielen Eingeschlossenen, den Rauchgasen zu entkommen.

## Kriegsende und Bilanz

Als der Zweite Weltkrieg in Braunschweig am 12. April 1945 mit dem Einmarsch amerikanischer Truppen endete, waren 35 % der Wohnhäuser im gesamten Stadtgebiet Braunschweigs, 90 % der Innenstadt und jede zweite Industrieanlage zerstört. Nach amtliche Angaben soll es 2.905 Luftkriegsopfer in Braunschweig gegeben haben. Dazu kommen 10.599 Kriegstote und 5.355 Vermisste der Wehrmacht.

*Blick von Osten auf die zerstörte Innenstadt:  
links der Dom, in der Mitte die  
Katharinenkirche, rechts Adreaskirche,  
im Vordergrund die Fallersleber Straße  
Fotonachweis: Stadtarchiv Braunschweig*



*Indische Legion  
Foto: Kreisarchiv Helmstedt*



Im Ersten Weltkrieg kämpften 1,3 Millionen Mann der Indischen Armee auf britischer Seite. Unter der Führung Mahatma Gandhis (1869–1948) kam es in der Zwischenkriegszeit zu aktivem, aber gewaltlosem Widerstand gegen die britische Herrschaft. Innerhalb des Indischen Nationalkongresses gab es zu dieser Zeit, insbesondere unter der Führung Subhas Chandra Boses in den späten 1930er Jahren Richtungsstreitigkeiten über den Einsatz von Gewalt gegen die britische Herrschaft. Doch im 2. Weltkrieg kämpften die Inder wiederum auf Seiten der Briten. Subhas Chandra Bose konnte sich dieser Entwicklung nicht anschließen und flüchtete im Frühjahr 1941 über Kabul und Moskau nach Berlin. Er gründete dort ein mit der Wehrmacht kämpfendes 3.500 Mann starkes Kontingent aus indischen Kriegsgefangenen, die Indische Legion. Sie wurde jedoch kaum eingesetzt, fast ohne Verluste 1945 gefangen genommen und an Indien übergeben. Wichtiger als der militärische Einsatz indischer Truppen war für Bose und auch für die deutsche Führung die propagandistische Wirkung der indischen Truppen auf deut-



*Banner  
Foto: Kreisarchiv Helmstedt*

# Nationalkomitee „Freies Indien“



*Hotel Petzold in  
Helmstedt  
Foto: Kreisarchiv  
Helmstedt*

schers Seite. Der Deutsche Kurzwellsender richtete sich von 1939 an mit antibritischer Propaganda in der Landessprache an die Bevölkerung Indiens. Um die Propaganda wirksamer gestalten zu können, plante das Auswärtige Amt in Berlin nach Kriegsausbruch die Gründung der Zentrale Freies Indien. Diese Einrichtung sollte neben der Herstellung von Propagandamaterial, Filmen, Flugblättern u.a. in eigener Regie Sendungen produzieren, die bisher der deutsche Sender entwickelt hatte.

Die Deutschen wollten die Zentrale dafür nutzen, Propaganda für sich selbst und ihre Ziele zu machen. Bose hingegen forderte, dass die Zentrale unter seiner Leitung ausschließlich für den indischen Freiheitskampf eingesetzt wird. Die Deutschen willigten ein, da eine scheinbar unabhängige Zentrale für ihre Propaganda wichtig war. Die Nachrichten wurden über das Berliner Funkhaus in Treptow per Anlage Königs Wusterhausen verbreitet.

Die zunehmenden Bombenangriffe auf Berlin führten dazu, dass im August 1943 die Zentrale nach Hilversum in den Niederlanden verlegt wurde. Der sehr leistungsstarke Sender hatte vor dem Krieg Sendungen nach Niederländisch-Indien ausgestrahlt, war also prädestiniert für die neue Aufgabe. Die Radioabteilung wählte im August 1944 – nach der Landung der Alliierten in der Normandie – Helmstedt als neues Domizil. Den wichtigen leistungsstarken Sender konnte die Stadt nicht bieten, aber er stand nicht weit entfernt – in Oebisfelde. Sechs Kurzwellsender strahlten über zwölf bis zu hundert Meter hohe Antennen ihre Programme aus. Das Senderhaus (Foto) sah aus wie eine riesige Scheune, hundert Meter lang und fünfundzwanzig Meter breit, die Wände waren unten drei Meter, oben knapp zwei Meter dick. Es handelte sich also um einen getarnten Bunker. Das Hotel Petzold hatte schon schwere Stürme erlebt, so kampierten 1919 Trup-

pen des Märckerschen Freikorps in seinen Räumen, um gegen die Revolutionäre in Braunschweig vorzugehen. Nun also richtete man in den Kellern des Gebäudes Arbeitsbereiche ein, in denen das Propagandamaterial für Indien sendefertig gemacht wurde. Die hier entwickelten Texte wurden vermutlich auf Datenträgern (Tonbänder) gespeichert und per Kurier nach Oebisfelde gebracht. Inhalte und Umfang der Sendungen sind nicht überliefert.

Die Arbeit in Helmstedt funktionierte bis zum 9. April 1945. Die amerikanischen Truppen hatten sich bis auf fünfzig Kilometer der Stadt genähert. Natürlich hatten die Briten die Aktivitäten der Inder in Deutschland schon lange unter Beobachtung. Am 12. April wurden die drei in Helmstedt verbliebenen Inder von einer britischen Spezialeinheit festgenommen. Die Gefangenen brachte man zum Verhör nach Braunschweig. Später wurden alle Inder, auch die der Indischen Legion, im Sennelager unter britischer Bewachung kurze Zeit interniert.

*Sender Oebisfelde  
Foto: Gerd Klawiter*





*Aufmarsch des Arbeitsdienstes bei der Thingplatzweihe  
Fotonachweis: aus dem im Stadtarchiv Holzminden aufbewahrten Fotoalbum eines Arbeitmannes*

# Kultur als Bestandteil der Propaganda: Der Thingplatz in Holzminden

Ein diktatorisches Regime, welches der Gesellschaft seine Ideologie aufzwingen will, muss eine unabhängige, kritische Kulturszene fürchten. Es kann sie brutal zerschlagen, was 1933 ja auch geschah. Das dadurch entstehende Vakuum muss aber mit eigenen Angeboten wieder gefüllt werden.

Ein Angebot, das der Nationalsozialismus in der durch Terror und Gleichschaltung geprägten Phase der Festigung seines politischen Systems für die Bevölkerung schuf, war die „Thingstättenbewegung“. Große Freilichtbühnen wurden geschaffen, deren Bezeichnung auf ein ideologisch aufgeladenes „Germanentum“ verwies. Extra für diesen Zweck verfasste „Thingspiele“ sollten ein neues Instrument der Agitation bilden, das in suggestiven Massenversammlungen „die geistige und politische Volkwerdung“ unterstützte.

Durch Aufgreifen dieser Idee konnte Holzmindens Bürgermeister Albert Jeep sowohl seine Loyalität zum nationalsozialistischen Staat unter Beweis stellen als auch etwas für die Förderung des lokalen Fremdenver-

kehrs tun. Mit beträchtlichem finanziellen Aufwand schuf die Stadt daher 1934 einen Thingplatz am „Sylbecker Berg“. Tragbar wurde dies durch den kostengünstigen Einsatz des Arbeitsdienstes.

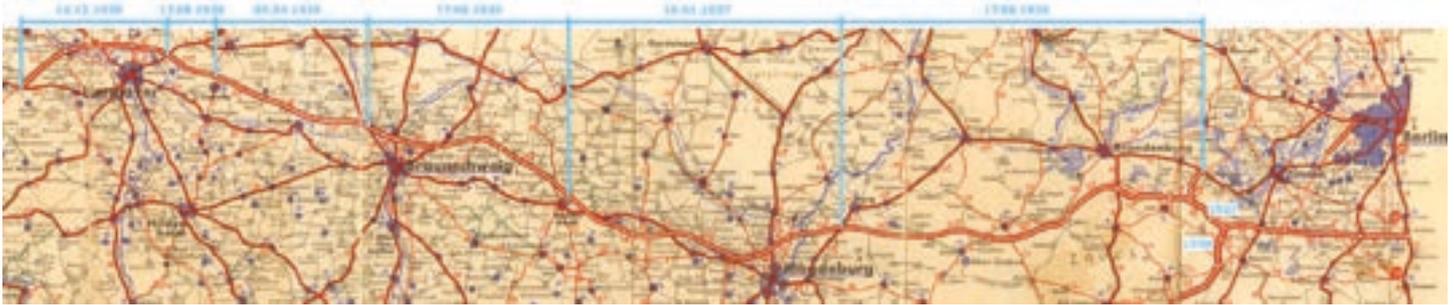
Erster Spatenstich sowie die „Weihe“ des Platzes wurden unter Anwesenheit nationalsozialistischer Prominenz (Ministerpräsident Klages; Staatsrat Schmidt-Bodenstedt) inszeniert. Als „Weihespiel“ am 22. September 1934 wurde das Stück „Die heilige Straße“ von Albrecht Bergmann aufgeführt. Es handelte von der sogenannten „Kampfzeit“ der Nationalsozialisten nach dem Ersten Weltkrieg bis 1933.



*Nach Einbruch der Dunkelheit fand das „Weihespiel“ statt  
Fotonachweis: aus dem im Stadtarchiv Holzminden aufbewahrten Fotoalbum eines Arbeitsmannes*



*Blick auf die (heute vom Wald überwachsenen) Zuschauerränge  
Fotonachweis: aus dem im Stadtarchiv Holzminden aufbewahrten Fotoalbum eines Arbeitsmannes*



*Karte: Einweihung/Freigabe von Teilstrecken.  
Kartengrundlage: B.V.-Karte 6, Stand: 1.4.1939  
Quelle: Archiv Rolf Ahlers*

*Lorenzüge bei der Bodenentnahmestelle im Rüper Berg am 17.03.1935  
Fotonachweis: Archiv Albert Kuss*



Die „Reichsautobahn Ruhrgebiet-Berlin“, geplant zwischen September 1933 und Dezember 1934 von Bauabteilungen der Deutschen Reichsbahn, zeichnete sich auf der gesamten Strecke durch möglichst wenig Kurven, Steigungen und Gefälle aus, um Geschwindigkeiten bis 160 km/h zu ermöglichen. Offizieller Baubeginn, gleichzeitig an 12 Stellen, war am 21.03.1934 (Frühlingsanfang), es war auch genau ein Jahr nach dem politisch bedeutungsvollen „Tag von Potsdam“.

Hier war es eine Veranstaltung zum Baubeginn des Autobahnabschnittes zwischen Braunschweig-West (heute: Braunschweig-Watenbüttel, an der B 214) und Lehrte. Männer, des Reichsarbeitsdienstes hatten aus Birkenstämmen ein Rednerpodest an der Stelle errichtet, an der danach die Autobahnbrücke über die Straße Wendeburg-Rüper gebaut wurde. Hauptsächlich mit der Reichsbahn waren 1.500 Männer von Braunschweig herangefahren worden, um nach einem Fußmarsch, der von einer Musikkapelle begleitet wurde, beim Rednerpodest mit Schaufeln und Spaten anzutreten. Ein Mann hatte seinen Spaten sogar mit Blumen geschmückt. Nach Reden von Mini-

# Reichsautobahn

sterpräsident Dietrich Klagges und weiteren Amtspersonen gingen die Männer tatkräftig ans Werk. Die maschinelle Unterstützung bestand im Wesentlichen durch Lorenbahnen. Hier in dem doch sehr ebenen Gebiet verläuft die Autobahn zumeist in Geländehöhe, im Abschnitt von der Wendeburger Schweineweide bis zur B 214 allerdings auf einem Damm durch die Aueniederung, um auch die in Geländehöhe befindliche Eisenbahnstrecke zu überbrücken. Für die Dammschüttung wurden auch große Erdmassen vom Rüper Berg genommen.

Nach zwei Jahren Bauzeit, am 05.04.1936, fand die Einweihung der 32 km langen Strecke von Braunschweig-West bis Lehrte statt, des ersten Stückes der heutigen A2. Reichsminister Hanns Kerrl, Ministerpräsident Dietrich Klagges und der Generalinspekteur für das Straßenwesen Dr. Fritz Todt fuhren im ersten Auto.

Es folgten am 17.08.1936 die Freigaben für die Strecken Hannover-Ost (heute: Hanno-

ver-Lahe) bis Lehrte (10 km), Braunschweig-West bis Helmstedt (43 km) und Burg/Schermen bis Werder/Groß Kreutz (85 km, einschließlich eines Stückes der heutigen A10, Richtung Norden). Für den Rückreiseverkehr von den Olympischen Sommerspielen in Berlin (01.-16.08.1936) standen damit längere Autobahnteilstrecken zur Verfügung. Nach Freigabe der Strecke von Burg/Schermen bis Helmstedt (55 km) am 10.01.1937 war die Strecke bis Hannover durchgehend befahrbar.



*Bei Röhre wurde während der Bauarbeiten ein großer Findling geborgen und dort als Denkmal aufgestellt  
Fotonachweis: Rolf Ahlers*

*Das erste Auto während der Einweihungsfahrt am 05.04.1936*

*Fotonachweis: Archiv Rolf Ahlers*



*Autobahnabfahrt Braunschweig-Nord, Blick in Richtung Lehrte/Hannover, etwa 1939*

*Fotonachweis: Stadtarchiv Braunschweig*



*Reichsjägerhof*  
*Fotonachweis: Archiv Reinhard Wetterau*  
*Postkarte von 1938*



*Braunschweig*

*Reichsjägerhof Hermann Göring*

# Riddagshausen im „Dritten Reich“



*Hitlerjungen beim Trümmerräumen auf dem Grundstück Klostergang 62; ganz links die Reste des Arbeiterhauses; im Hintergrund die Klosterkirche und rechts die beschädigte Frauenkapelle*

*Fotonachweis: Archiv Reinhard Wetterau*

Riddagshausen wurde neben sechs weiteren Orten am 30.04.1934 in Braunschweig eingemeindet.

Der 1934/35 in der Buchhorst errichtete Jägerhof verdankt seine Existenz dem Bestreben des NSDAP-Ministerpräsidenten des Freistaates Braunschweig Dietrich Klagges, der sich so die Gunst der Reichsführung in Berlin sichern wollte. So versuchte er nun Hermann Göring, der u.a. Reichsjägermei-

ster war, für seine Pläne zu gewinnen, und schuf 1934 zunächst den Jagdgau Braunschweig. Am 5. Mai 1935 erfolgte die Einweihung und feierliche Übergabe des „Reichsjägerhof Hermann Göring“ an Hermann Göring. Die Gebäude dienten in erster Linie für Tagungen der Gaujägermeister sowie als Verwaltungstrakt des Jagdgaues Braunschweig. Auch die alte Traditionsgaststätte „Grüner Jäger“ wurde mit Erweiterungsbauten einbezogen.

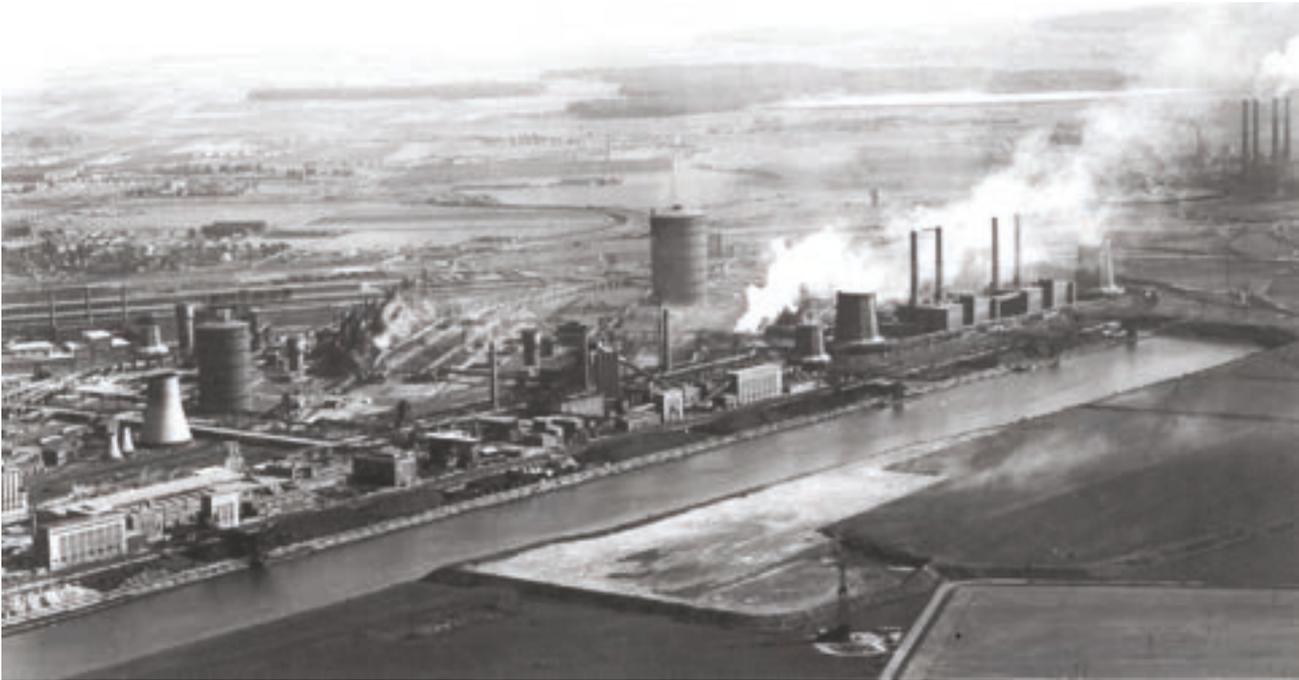
Die Mönche des Zisterzienserklosters Riddagshausen verwandelten die vormalige Bruchlandschaft um Riddagshausen in eine vielfältige und artenreiche Kulturlandschaft, wobei die Teiche den Mittelpunkt bildeten. 1936 erhielt das Teichgebiet den Schutzstatus „Naturschutzgebiet“, ab 1968 wegen seiner Bedeutung als Vogellebensraum den Ehren-Titel „Europareservat“ und ab 2005 auch als sogenanntes FFH-Gebiet (Schutzgebiet nach Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU).

Am 27.09.1943 wurde Riddagshausen bei einem Bombenangriff schwer getroffen, bei dem 14 Riddagshäuser Bürger und zehn polnische Zwangsarbeiter ums Leben kamen

*Luftbild*

*Fotonachweis: Dieter Heitefuß 15.08.2006*





*Blicke auf den Werkschafen und die Reichswerke.*

*Quelle: Vier Jahre Hermann-Göring-Werke Salzgitter (Reprint), Wolfenbüttel, 2009*

# Stichkanal Salzgitter

Bestrebungen zur Autarkie (= Auslandsunabhängigkeit) betrafen insbesondere auch die Förderung von Eisenerz aus heimischen Lagerstätten. Kamen 1932 auf dem Tiefstand der Eisen- und Stahlproduktion 68 % des Eisenerzes aus dem Ausland, so hatte der Vierjahresplan (1936-1940) zum Ziel: 30% aus dem Ausland und das bei wesentlich höherer Produktion. Da mit den vorhandenen Hüttenwerken das Ziel nicht erreicht werden konnte, wurden am 29.07.1937

die „Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten Hermann Göring“ gegründet. Als Standort wurde das Salzgittergebiet in Aussicht genommen, die Festlegung des Standortes bei Watenstedt geschah am 01.11.1937. Ausschlaggebend war die Nähe zum Mittellandkanal mit dem Anschluss durch einen Stichkanal. So konnte der Antransport von Kohle sowie der Abtransport von Eisenerz und Produkten kostengünstig geschehen.

Bereits Mitte August 1937 hatten die Planungen für den Stichkanal begonnen, das Gesetz für den Bau als Reichswasserstraße datiert vom 16.12.1937. Die Baudaten „Erster Spatenstich am 04.04.1938“, „Beendigung der Bauarbeiten am 10.08.1940“, „Inbetriebnahme der Schleusen und Kanalteilfüllung (ohne Hafen)“ und „Inbetriebnahme des gesamten Stichkanales mit Hafen am 02.12.1940“ dokumentieren die sehr kurze Bauzeit für dieses Großprojekt. Fast 12 Mio. Kubikmeter Erdmassen wurden bewegt, dazu die Baumaterialien. Bagger, Lorenbahnen usw. waren im Einsatz, rund 3.000 Arbeitskräfte brachten ihre Leistungen oft im Dreischichtbetrieb.

*Wedtlenstedt: Der erste Schleppzug fährt am 10.08.1940 in die östliche Schleusenkammer*  
*Quelle: Ellerbrock, Bernd: Der Mittellandkanal, 325 Kilometer Wasserstraße von A-Z, Hövelhof, 2016*



Der Stichkanal zweigt vom Mittellandkanal ab, führt rund 18 km in südliche Richtung, hat nach 4,6 km die Schleuse Wedtlenstedt und nach 10,7 km die Schleuse Üfingen. Beide Doppelschachtschleusen sind ohne Sparbecken baugleich ausgeführt, Nutzlänge/Breite/Durchfahrthöhe/Abladetiefe der Schleusenkammern: 225 m / 12,00 m / 4,25 m / 2,20 m. Die jeweiligen östlichen Schleusenkammern haben heute: 220 m / 12,00 m / 5,50 m / 2,70 m. Die Fallhöhen beider Schleusen waren 9 m, heute: 9,3 und 9 m. Das Wasser für die Schleusungen fließt aus den oberen Haltungen zu und muss zurückgepumpt werden. Oberhalb der Schleuse Wedtlenstedt würde eine Schleusung zum Absinken des Wasserspiegels um etwa 0,2 m führen. Den Strom für die Pumpen lieferten die Reichswerke kostenlos.



*Vor dem Gebäude der 14. Kompanie des IV. Fallschirmjägerbataillons auf dem Fliegerhorst Mariental. Das Bataillon erlitt beim Angriff 1941 auf Kreta enorme Verluste, 120 Gefallene und ebensoviele Verwundete.  
Fotonachweis: 50 Jahre Mariental 1938-1988  
Dieter Trapp*

*Der Major Ebers-Steg vor der Buchenallee zum Schwimmbad  
Fotonachweis: 50 Jahre Mariental 1938-1988  
Dieter Trapp*



*Luftbild der Kasernenanlage  
Fotonachweis: 50 Jahre Mariental 1938-1988  
Dieter Trapp*



# Mariental - Horst von 1937-1940

Der Fliegerhorst Mariental wurde in den Jahren 1937-1940 nahe dem Dorf Mariental am Rand des Lappwaldes eingerichtet. Die militärische Einrichtung wurde während des Zweiten Weltkriegs von der deutschen Luftwaffe genutzt. In den umfangreichen Kasernenanlagen waren verschiedene Einheiten, wie Fliegerschule, Fallschirmjäger- und Kraftfahrausbildungseinheiten stationiert. Das Flugfeld war nicht befestigt, sondern bestand aus einer festen Grasnarbe auf einem Feld. Während des Krieges beherbergte der Fliegerhorst überwiegend Schulverbände. Das ergab sich schon aus der zentralen geographischen Lage in Deutschland und die dadurch bedingte große Entfernung zu den Fronten. Erst gegen Kriegsende mit den näher rückenden Fronten war hier ein Kampfgeschwader stationiert. 1944 unternahm die Alliierten einen Luftangriff auf den Fliegerhorst, der aber nur geringe Schäden verursachte. Am 14. April 1945 wurde der Fliegerhorst von amerikanischen Truppen besetzt. Nach kurzer Zeit wurden sie durch britische Einheiten abgelöst, die 1946 die militärischen Befestigungsanlagen sprengten. Die zivil nutzbaren Bauten blieben erhalten.



*Garagengebäude,  
das z.Zt. des Flüchtlingslagers nach  
1945 teilweise zu  
Waschräumen um-  
gebaut wurde  
Fotonachweis:  
50 Jahre Mariental  
1938-1988  
Dieter Trapp*



Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg brachten die Alliierten in den Kasernenanlagen Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge aus der Gegend unter. Hinzu kamen Heimatvertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Durch die Aussiedlung aus Schlesien wurde Mariental-Horst für rund 500.000 Personen kurzfristig zu einem Durchgangslager, das 1947 geschlossen wurde.

*Bahnabzweigung in Mariental zum  
Fliegerhorst; Foto 1948  
Fotonachweis: 50 Jahre Mariental 1938-1988  
Dieter Trapp*



*Hauptgebäude der  
Luftwaffenkaserne  
Fotonachweis:  
50 Jahre Mariental  
1938-1988  
Dieter Trapp*



Postkarte der neuen Siedlung  
 Fotonachweis: Medienzentrum Salzgitter

Ziesbergschule im Bau 1939  
 Fotonachweis: Stadtarchiv Salzgitter



# Der Bau der Schule Am Ziesberg in Salzgitter-Bad



*Südgiebel mit Sonnenuhr  
Fotonachweis: Stadtarchiv Salzgitter*

Der Aufbau der Reichswerke Hermann Göring im Salzgittergebiet ab 1937 zog in Salzgitter-Bad den Bau großangelegter Siedlungen für Bergarbeiter auf der Gemarkung des eingemeindeten Dorfes Kniestedt mit sich. Die Bevölkerung stieg sprunghaft an, und mit dem Siedlungsbau musste auch der Bau von Schulen einhergehen. Da die Gemeinschaftssiedlung im Rahmen des Vierjahresplanes entstand, konnten auch für die Schulen Reichsmittel zur Kostendeckung zur Verfügung gestellt werden. In der Siedlung Kniestedt wurde die heutige

Grundschule Am Ziesberg als erste fertiggestellt. Das Gebäude erfüllte die an die Finanzierung gebundenen Vorgaben: Es war groß und auffällig und trat durch seinen erhöhten Standort architektonisch hervor. Es entstand in kurzer Planungs- und Bauzeit: Im Sommer 1938 hatte die Arbeitsgruppe Kraft des Büros Rimpl der Wohnungs-AG die Planung beendet, im November 1938 begannen die Bauarbeiten. Nach dem Richtfest im Mai 1939 konnte das Schulgebäude im April 1940 bezogen werden. Es galt seinerzeit als „modernstes Schulgebäude des Kreises“ mit 16 Klassenräumen für je 50 Kinder, dazu Funktionsräume, u.a. ein Musik- und Zeichensaal, ein Werkraum, eine Lehrküche mit Elektroherden und Warmwasser, eine Bibliothek, Mehrzweckräume sowie eine Turnhalle. Die Innenausstattung war hochwertig: geflieste Flure, Parkett in den übrigen Räumen, Waschbecken in jedem Klassenraum. Ein besonderes Augenmerk galt der künstlerischen Ausgestaltung, auf die trotz des begonnenen Zweiten Weltkriegs nicht verzichtet wurde. Bildhauer und Kunstmaler aus Braunschweig, Hannover und Berlin schufen Tierbilder als Türschilder, Trinkbrunnen und Deckenbemalungen. Ein schweinsledernes Buch im Schrein sollte an den damaligen Namensgeber der Schule August Sievert erinnern.

An den Giebelseiten entstanden Fachwerkerker, am Südgiebel mit darüber liegender Sonnenuhr in Sgraffito-Arbeit, die schmiedeeiserne Zeigerstange echtvergoldet. Der Bildhauer Theo Schmidt-Reindahl aus Braunschweig, von 1941 bis 1965 Leiter der neuen Steinmetzschule in Königslutter, fertigte die Spruchbalken an beiden Giebelwänden. Am Südgiebel prangt „Nur wer gehorchen gelernt hat, kann später auch befehlen“.

Dieses Zitat geht im Ursprung auf Aristoteles zurück und wurde hier im Wortlaut der Rede Paul von Hindenburgs (1847-1934) an die deutsche Jugend vom 30. April 1933 zitiert. Die Spruchbalken an der Nordseite zitieren den Alfred Graf von Schlieffen (1833-1913) zugeschriebenen Wahlspruch: „Viel leisten, wenig hervortreten, mehr sein als scheinen“. Das Schulgebäude wurde als Bestandteil der Siedlung unter Denkmalschutz gestellt.

*Nordgiebel  
Fotonachweis: Stadtarchiv Salzgitter*



*Generalbebauungsplan der Stadt des KdF-Wagens  
bei Fallersleben, Entwurf Peter Koller, 1938  
Quelle: Institut für Zeitgeschichte und  
Stadtpräsentation, Wolfsburg.*



DIE STADT DES KdF-WAGENS "UNTER DER LEITUNG DES GENERALBAUINSPEKTORS FÜR DIE REICHSHAUPTSTADT  
ENTWURFEN VON ARCHITECT PETER KOLLER  
GESAMTBEBAUUNGSPLAN M:1:2000

# Utopie und Ideologie, Planung und Bau der „Stadt des KdF-Wagens“ bei Fallersleben, 1938-1945

Zur Realisierung des Volkswagen-Projektes planten die Nationalsozialisten nicht nur die Errichtung einer riesigen Automobilfabrik, sondern auch den Bau einer Stadt für 90.000 Einwohner. Die neue Siedlung sollte laut Adolf Hitler eine „Lehrstätte der Stadtbaukunst“ werden und ihren Bewohnern mustergültige Lebensverhältnisse bieten. Die Planung der am 1. Juli 1938 als „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“ gegründeten Kommune übernahm der österreichische Architekt Peter Koller (1907–1996). Kollers Plan sah eine funktionale Trennung von Stadt und Werk vor. Nördlich des Mittellandkanals war das Volkswagenwerk vorgesehen, im Süden die neue Stadt: Kleine aufgelockerte Siedlungen, durch breite Grüngürtel voneinander getrennt, gruppierten sich ringförmig um den Kliewersberg. Die dort projektierte „Stadtkrone“ mit ihren monumentalen Parteibauten sollte den Machtanspruch des Nationalsozialismus städtebaulich manifestieren und den kommunalen Raum beherrschen. Der überwiegende Teil der zu errichtenden Wohnungen bestand aus 2- und 3-geschossigen Blocks. Die Betonung der Straßenzüge durch die mehrstöckig geschlossenen Häuserfronten sollte ein Gefühl von Monumentalität und Erhabenheit erzeugen.

Als erster Bauabschnitt wurde 1940 die Siedlung „Steimker Berg“ fertiggestellt. Mit 56 bis 118 m<sup>2</sup> lagen die Wohnungen deutlich über dem Durchschnitt der übrigen Wohnstätten in der neuen Stadt. Die 1 ½- und 2-geschossige offene Bauweise verdeutlichte den Charakter einer geschlossenen Siedlung abseits der Stadtmitte. Auch in der Ausstattung der Wohnungen zeigte sich der gehobene Anspruch, der an die Siedlung gestellt war. In ihr sollten die



*Siedlung Steimker Berg*

*Quelle: Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation, Wolfsburg*

*Foto: Wolfram Krone*

Führungskräfte von Werk und Stadt untergebracht werden. Alle Wohnungen waren vollelektrifiziert, verfügten über eine Zentralheizung mit Fernwärme und ein Badezimmer mit Wanne und Dusche. Bereits 1942 kam die Bautätigkeit kriegsbedingt zum Erliegen. Bis 1945 wurden kaum mehr als 3.000 Wohnungen errichtet. Die zahlreichen, zunächst als Provisorium geschaffenen Baracken zur Unterbringung der Arbeiter wie auch die Lager für die Zwangsarbeiter entwickelten sich zu Dauereinrichtungen. Die Stadt stellte sich als unansehn-

liche Barackensiedlung dar und stand so in einem deutlichen Kontrast zu den hoch gepriesenen Plänen einer „nationalsozialistischen Musterstadt“.



*Südansicht 1939  
Fotonachweis:  
Stadtarchiv  
Braunschweig*



*Richtfest 3. Juni 1938;  
von links Haupt-  
bannführer Moeckel,  
Reichjugendführer v.  
Schirach, Gebietsfüh-  
rer Blomquist  
Fotonachweis:  
Jürgen Schultz*

*Porträt: Erich zu Putlitz  
Der Architekt der Reichsjugendführer Akade-  
mie, Erich zu Putlitz, hatte 1927 seinen ersten  
internationalen Erfolg mit seinem preis-ge-  
krönten Entwurf für den Völkerbundpalast in  
Genf. In den 30er Jahren war er maßgeblich  
an der Stadtentwicklung von Rostock und  
Stralsund beteiligt.*

*Fotonachweis: Architekturarchiv der Hambur-  
gischen Architektenkammer*



# Akademie für Jugendführung



*Baldur v. Schirach, Reichsleiter für die Jugendziehung der NSDAP; Besuch eines BDM-Lehrgangs in der Akademie  
Fotonachweis: Jürgen Schultz*

An der Wolfenbütteler Straße 57 in Braunschweig fällt ein monumental wirkender Gebäudekomplex sogleich ins Auge, die ehemalige „Akademie für Jugendführung der Hitlerjugend“, fertiggestellt 1939, nach insgesamt zweijähriger Bauzeit.

Die Stadt Braunschweig stellte der NSDAP das Baugelände im Richmond-Park unentgeltlich zur Verfügung. Die Intention der regierenden Nationalsozialisten war es, mit dieser Akademie, als exponierter Bildungsinstitution der HJ, Braunschweig als „die Stadt nationalsozialistischer Führerschulung“ zu profilieren.

Architektonisch und baulich spiegeln insbesondere die monumentale Säulenhalle, die symmetrisch angeordneten Gebäudeflügel sowie die raue Natursteinfassade des Baukörpers die ideologische Ordnungsvorstellungen, Strenge und Härte des Nationalsozialismus.

Anfang August 1939 nahm die Akademie ihren Unterrichtsbetrieb auf, der jedoch nach vier Wochen eingestellt werden musste, da die Mehrheit der Akademie-Schüler zum Kriegsdienst eingezogen wurde. Nach Leerstand des Akademiegebäudes fanden

von 1940 bis 1942 BDM-Lehrgänge statt, danach Kurzlehrgänge für kriegsversehrte HJ-Führer.

Nach Kriegsende stand das Hauptgebäude einige Jahre leer. Von 1953-2001 nutzte die Deutsche Müllerschule den Nordflügel, das Braunschweig-Kolleg ab 1959 die Südhälfte des Hauptgebäudes sowie die angrenzenden Wohnhäuser. Seit 2001 findet der Unterricht des Abendgymnasiums Braunschweig ebenfalls in diesem Gebäudekomplex statt.

*Richtfest 3.Juni 1938  
Fotonachweis: Jürgen Schultz*





**Autoren** AG Heimatpfleger 6/7  
Manfred Gruner 8/9, 50/51  
Ulrich Menzel 10/11, 12/13  
Birgit Hoffmann 14/15  
Jens Binner 16/17  
Maria Schlelein 18/19  
Rolf Owczarski 20/21, 52/53  
Harald Schraepler 22/23  
Rolf Ahlers 24/25, 26/27, 56/57, 60/61  
Bernhard Schroeter 28/29  
Manfred Grieger 30/31, 32/33  
Hartmut Wegner 34/35  
Hilko Linnemann 36/37  
Wulf Otte 38/39  
Björn Walter 40/41  
Martina Staats 42/43  
Joachim Frassl 44/45  
Markus Gröchtemeier 46/47  
Claudia Böhler 48/49  
Matthias Seeliger 54/55  
Reinhard Wetterau 58/59  
Dieter Trapp 62/63  
Ursula Wolff 64/65  
Marcel Glaser 66/67  
Johannes Heinen 68/69



Gefördert durch:

